

2012-11-27

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 07.11.2012

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:45 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender (bis TOP 4)
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter (ab TOP 4)
Frau Storz 2. Stellvertreterin
Anwesend: **Soll: 50** **Ist:**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

| | | |
|---|---|----------------|
| Fraktion der CDU | Kolze, Jens Mau, Hans-Joachim | |
| Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau | Ehlert, Heidemarie Stabbert-Kühl, Sabine | |
| Fraktion der SPD | Laue, Harald | |
| Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN | Weber, Ralf-Peter, Dr. | unentschuldigt |
| Fraktion Pro Dessau-Roßlau | Böhler, Axel | |
| Fraktion NEUES FORUM | Tonndorf, Klaus | |
| Mitglied Freie Wähler | Göricke, Hagen | |
| Mitglied DVU | Knop, Ingmar | unentschuldigt |

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Exner, mit der Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit des Gremiums eröffnet.

2 **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Auf die Frage des **Vorsitzenden Dr. Exner**, ob zu der mit der Ladung zugereichten Tagesordnung Änderungsanträge gestellt werden, bat zunächst Herr Pätzold um das Wort.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, stellte den **Antrag auf Absetzung des TOP 7.12**. Als Begründung führte er an, den Inhalt dieses Beschlussantrages nicht ganz nachvollziehen zu können. Des Weiteren sei es nicht die Angelegenheit des Stadtrates, da es dafür ein zuständiges Gremium, den Verwaltungsrat der DWG gibt.

Gegen den Antrag von Herrn Pätzold sprachen sich Herr Dreibrodt, Herr Otto und Herr Eichelberg aus. **Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion**, betonte, die anwesenden Bürger sollten zumindest eine Information über den derzeitigen Stand erhalten. **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, erklärte, der Stadtrat könne sehr wohl über den Verwaltungsrat hinweg entscheiden und diesen beauftragen. Außerdem könne man einen Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag einbringen. Im Namen des Einreichers der Vorlage stellte **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, klar, man wolle sich nicht über die Beschlüsse des Verwaltungsrates hinwegsetzen, sondern die Bitte an ihn herantragen, nochmals über den Beschluss nachzudenken und darüber zu reden.

Frau Müller, SPD-Fraktion, stellte den Antrag, die Vorlage, so sie auf der Tagesordnung verbleibt, zeitlich vorzuziehen und als ersten Beschlusspunkt zu behandeln.

Die Anträge zur Tagesordnung wurden zur Abstimmung gebracht. **Herr Dr. Exner** rief zunächst den weitergehenden Antrag, die **Vorlage von der Tagesordnung** zu nehmen, auf. Dieser Antrag wurde mehrheitlich, bei 7 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen **abgelehnt**.

Zustimmung (5 Enthaltungen) erhielt im Anschluss der Antrag von Frau Müller, die **Vorlage als ersten Punkt der Beschlussfassungen** zu behandeln.

Die so geänderte Tagesordnung wurde mehrheitlich (4 Enthaltungen) beschlossen.

3 **Genehmigung der Niederschrift vom 11.07.2012**

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner erinnerte daran, dass die Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 11.07.2012 in der Sitzung des Stadtrates am 26.09.2012 zurückgestellt worden war, da hier Herr Dreibrodt Anträge zur Änderung dieser Niederschrift gestellt hatte.

Mit Schreiben vom 25.10.2012 an alle Mitglieder des Stadtrates, dem eine Synopse zwischen der Mitschrift vom Band und den beantragten Änderungen beigelegt war, habe Herr Dr. Exner zu den Änderungsanträgen Stellung genommen und Vorschläge unterbreitet, wie zu den einzelnen Punkten entschieden werden sollte. Er schlage nun vor, die einzelnen Punkte 1-8 durchzugehen und dann über die Änderungen zu entscheiden.

Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion, richtete sich in einer Erklärung an den Vorsitzenden des Stadtrates, den Oberbürgermeister und die Stadträte. Im Anschluss daran beantragte er, diese Erklärung einschließlich seiner Liste der Einwendungen und Änderungsforderungen sowie das Empfehlungsschreiben von Herrn Dr. Exner an die Stadträte in die Niederschrift zur Sonderstadtratssitzung am 11.07.2012 aufzunehmen. Weiterhin beantragte er, zur Beweissicherung den Tonmitschnitt der Sonderstadtratssitzung nicht zu löschen (wie es nach Geschäftsordnung nach der Bestätigung der Niederschrift vorgesehen ist) und ihm eine Kopie auszuhändigen.

Die verlesene Erklärung sowie die Liste seiner Einwendungen übergab **Herr Dreibrodt** an den Stadtratsvorsitzenden, wobei er sich auf seinem Exemplar der Erklärung den Empfang bestätigen ließ.

Er nehme die Ausführungen von Herrn Dreibrodt zur Kenntnis, wolle jedoch jetzt nicht in Detailstreitigkeiten eintreten, merkte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** an. Er habe sich mit den Einwendungen detailliert auseinandergesetzt. Das Vorgelegte sei an einigen Stellen aus dem Protokollzusammenhang gerissen. Er merkte an, die einzelnen Punkte kurz durchzugehen, über sie abzustimmen und dann zu einer GesamtAbstimmung zum Protokoll zu kommen. Es gehe ihm nicht darum, irgendwelche Beweismittel zu unterdrücken oder irgendetwas nicht offen zu machen. Genau aus dem Grunde wurde die Synopse erstellt und der Bandmitschnitt gefertigt. Dieser ist mit dem Mitschnitt, den auch der Offene Kanal hat, identisch und es kann keine Differenzen geben. Herr Dr. Exner habe dies auch schriftlich allen Stadträten transparent gemacht. Er versicherte, dass sowohl die Einwendungen als auch seine Stellungnahme dem Verwaltungsgericht zugeleitet würden.

Es liege in seiner Zuständigkeit als Vorsitzender des Stadtrates, das Protokoll zu bearbeiten und fertig zu stellen. In dieser Funktion habe er dies auch getan. Dass er in dieser Funktion zugleich auch Beklagter ist, könne er nicht ändern und würde deshalb auch am Protokoll nichts ändern. Jetzt bestehe die Möglichkeit, offen darüber abzustimmen.

Herr Dreibrodt entgegnete, er habe gerade die Möglichkeit eröffnet, hier nicht kleinteilig über jeden Punkt abzustimmen, noch dazu, wo kein einziger Stadtrat - davon gehe er aus - in dieses Protokoll hineingehört und den Offenen Kanal nochmals verfolgt hat. Er habe dies getan und darauf verzichtet, hier mit den Stadträten über jeden einzelnen Punkt zu sprechen, sie können es nicht beurteilen. Er habe sich deshalb darauf beschränkt, mit einer Erklärung, die dem Protokoll angefügt wird, seine Einwendungen zu dokumentieren. Was da wirklich gelaufen ist, das klären die Gerichte. Durch den Stadtratsbeschluss zum Protokoll werden sowieso keine Tatsachen geschaffen. Deshalb wollte Herr Dreibrodt Herrn Dr. Exner und dem Stadtrat an dieser Stelle die Arbeit erleichtern.

Man benötigt ein rechtsverbindliches Protokoll, betonte **Herr Dr. Exner** ausdrücklich. Dieses werde in der Weise herbeigeführt, dass über eine vorliegende Protokollmitschrift abgestimmt wird. So werde er es auch hier tun.

Wenn alle Stadträte übereinstimmend sagen, sie befassen sich mit den Änderungsanträgen nicht und Herr Dreibrodt zieht diese zurück, könne er über das ursprüngliche Protokoll abstimmen lassen. Er wolle sich aber nicht dem Vorwurf aussetzen, dass er irgendetwas nicht korrekt abstimmen ließ, deshalb habe er sich auch mit den 8 Punkten befasst. Es solle jetzt aber deutlich gesagt werden, ob die 8 Anträge zurückgezogen werden.

Er habe gesagt, dass er die Änderungsliste einschließlich seiner Erklärung von heute nur an das Protokoll angehängt haben möchte, legte **Herr Dreibrodt** dar. Das Angebot sollte Dr. Exner annehmen.

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner fragte nochmals ausdrücklich, ob Herr Dreibrodt seine Änderungsanträge zurückzieht, worauf **Herr Dreibrodt** erklärte, dass er sie natürlich nicht zurückziehen kann, er hängt sie bloß an das Protokoll an.

Daraufhin stellte **Herr Dr. Exner** fest, nun über die einzelnen Punkte abstimmen zu lassen.

Zu Pkt. 1 - es sollte bei dem Protokollentwurf bleiben: Zustimmung (20:01:17)

Zu Pkt. 2 - Herr Dr. Exner stellte fest, dass es sich um einen Schreibfehler handelt, die **Korrektur** erfolgt somit.

Zu Pkt. 3

und 4 - es sollte bei dem Protokollentwurf bleiben: Zustimmung (23:01:14)

Zu Pkt. 5 - es sollte bei dem Protokollentwurf bleiben: Zustimmung (22:01:15)

Zu Pkt. 6 - es sollte bei dem Protokollentwurf bleiben: Zustimmung (22:01:15)

Zu Pkt. 7 - das Ergebnis ist korrekt dargestellt: Zustimmung (22:04:12)

Zu Pkt. 8 - Es wird empfohlen, die wörtliche Mitschrift **wird ergänzt** durch „Hier ist mein Antrag, hier ist meine Begründung.“ Zustimmung (21:02:15)

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner brachte die somit **geänderte Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 11.07.2012** zur Abstimmung. Sie fand mehrheitlich bei einer Gegenstimme und 9 Enthaltungen **Zustimmung**.

Herr Dreibrodt verlangte nochmals das Wort und führte aus, er habe Dr. Exner vor einem nächsten Fehler bewahren wollen. Er habe den Änderungsantrag gestellt, wie er in der Liste steht. Dr. Exner habe einen anderen Zusatz dagegen gestellt, der aber nicht sein Änderungsantrag war. Dr. Exner habe darüber abgestimmt, ob der Zusatz hinein kommt: „Hier ist mein Antrag und hier ist meine Begründung“. Das war seine Version, die Version von Herrn Dreibrodt habe er nicht zur Abstimmung gestellt.

Das Abstimmungsverfahren wurde von **Herrn Dr. Exner** fortgesetzt:

Herr Dreibrodt habe beantragt, seine soeben gebrachte Erklärung einschließlich der Liste der eingebrachten Einwendungen und Änderungsforderungen in die Niederschrift vom 11.07.2012 aufzunehmen. Dies lehnte Herr Dr. Exner ab, da in eine Niederschrift einer vergangenen Sitzung (11.07.) nicht das aufgenommen werden kann, was heute passiert ist. Er nehme es aber in die Niederschrift der heutigen Sitzung auf, was kein Problem sei.

Des Weiteren hat Herr Dreibrodth beantragt, das Empfehlungsschreiben des Stadtratsvorsitzenden vom 25.10.2012, welches den Stadträten zur Sitzung zugesandt worden ist, der Niederschrift der heutigen Sitzung anzufügen. Auch dieses Anliegen stelle kein Problem dar und werde berücksichtigt.

Herr Dr. Exner bestätigte, der Tonmitschnitt der Sitzung am 11.07.2012 ist gesichert und bleibt es, so lange das Gerichtsverfahren läuft. Dies sei selbstverständlich.

Eine Kopie des Tonmitschnitts wurde Herrn Dreibrodth ebenfalls zugesagt.

Herr Dreibrodth erhielt nochmals das Wort für eine Erklärung. Dieser führte aus, es sei folgendes passiert: Herr Dr. Exner habe die Änderungsliste ordentlich bis zu Punkt 7 abgearbeitet. Im Punkt 8 sei er auf seine Version überggesprungen, hat seine Änderung abstimmen lassen und hat den Antrag Punkt 8 von Herrn Dreibrodth gar nicht behandelt. Danach hat er die Gesamtvorlage abstimmen lassen. Diese Abstimmung sei null und nichtig. Dies wolle er im Protokoll festgehalten haben und habe Bestand für das ganze Klageverfahren.

Herr Dr. Exner erwiderte, Herr Dreibrodth habe gesagt, das Protokoll soll ergänzt werden durch die wörtliche Mitschrift seiner Entgegnung. Diese habe Dr. Exner dem entnommen, was aus dem Tonträger entnommen werden konnte. Nichts Anderes habe er getan, was auch aus dem Tonträger zu ersehen ist.

Es erfolgte der Aufruf des nachfolgenden Tagesordnungspunktes.

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

In seinem Informationsbericht über den Zeitraum vom 26. September bis 07. November dieses Jahres führte **Herr Oberbürgermeister Koschig** folgendes aus:

Am vergangenen Montag (5.11.2012) waren die Kultusminister bzw. Vertreter der Kultusministerien der 5 Bundesländer mit Bauhauserbe zu Gast in unserer Stadt und unterzeichneten einen **Kooperationsvertrag zur Gründung des Bauhausverbundes 2019**. Weiterhin haben die sammlungsführenden deutschen Bauhausinstitute, das Bauhaus-Archiv Berlin/Museum für Gestaltung, die Stiftung Bauhaus Dessau und die Klassik Stiftung Weimar am Montag einen Kooperationsvertrag unterzeichnet.

Die Vorbereitung auf das **Jubiläum 100 Jahre Hochschule für Gestaltung, 100 Jahre Bauhaus** hat Fahrt aufgenommen.

Das gilt auch für unseren **Masterplan Bauhausstadt**, wozu gestern die dritte von 14 Einwohnerversammlungen stattfand. In der Roßlauer Elbe-Rosel-Halle waren über 400 Bürgerinnen und Bürger mit uns im Gespräch. Hier war natürlich der Stadtname das alles überschattende Thema. Herr Koschig hoffe aber, dass in den weiteren Einwohnerversammlungen auch intensiver Inhalte diskutiert werden können.

In seiner jüngsten Sitzung hat sich der Stiftungsrat der Stiftung Bauhaus Dessau mit den Zwischenergebnissen der Standortuntersuchungen für das Ausstellungszentrum beschäftigt. In seiner nächsten Sitzung Anfang Dezember soll dann die Standortentscheidung fallen.

Die wohl wichtigste Entscheidung im Berichtszeitraum dürfte am 9. Oktober durch das Landesverfassungsgericht Sachsen-Anhalt gefallen sein, welches uns die **Gleichbehandlung** mit den beiden größeren **kreisfreien Städten** Halle und Magdeburg zusprach. Es war ein besonderer Tag für unsere Stadt. Jahrelange Bemühungen fanden ein erfolgreiches Ende. Herr Koschig dankte allen am Verfahren Beteiligten, besonders unserer Bürgermeisterin, die die Federführung innehatte.

Damit ist u. a. der Konsolidierungsvorschlag unser Theater betreffend, entbehrlich geworden. Die Sorgen um das Haus sind aber damit nicht viel weniger geworden. Seit 10 Jahren gibt es Haustarifverträge am **Anhaltischen Theater**. Sie laufen zum Jahresende aus und die Gewerkschaften sind momentan nicht bereit, die Verträge entsprechend des Moratoriums, das uns das Kultusministerium wegen des Kulturkonvents vorgeschlagen hatte, um ein Jahr zu verlängern.

Die Kürzung der Mittel aus dem **Regionenvertrag** um 205 TEUR war da auch nicht gerade vertrauensbildend und die Mitarbeiter fragen zu Recht, was denn nach 2013 käme. Wir hatten den Kultusminister schon Anfang des Jahres auf unsere besonderen Probleme aufmerksam gemacht und brauchen jetzt dringend Klarheit, weshalb Herr Koschig Herrn Minister Dorgerloh um einen dringenden Gesprächstermin in der Sache ersucht habe. Wir müssen damit rechnen, dass bei den anstehenden Theaterverhandlungen der Regionenvertrag gestrichen wird, sicher auch vor dem Hintergrund des besagten Gerichtsurteils. In der nächsten Sitzung des Theaterausschusses wollen wir einen Verhandlungsvorschlag diskutieren und hoffentlich auch beschließen.

Was die Einbindung der Region betrifft, haben wir beide Landräte in unserem Theater empfangen und Herr Koschig war gestern mit der Theaterleitung im PD Chemiepark Bitterfeld zu einem Auftaktgespräch über eine anzustrebende Kooperation. Geschäftsführer Gabriel habe dabei seine Unterstützung zugesagt.

Nachdem uns das Kultusministerium mitgeteilt hat, dass die **Übernahme des Georgiums durch die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz** nicht möglich ist, arbeiten wir jetzt an einem Kooperationsvertrag, um unsere Zusammenarbeit zu intensivieren und Synergieeffekte zu generieren.

Die erste Phase der **Kulturentwicklungsplanung** ist soweit fortgeschritten, dass erste Handlungsempfehlungen und Strategien für die Kulturlandschaft in Dessau-Roßlau aus den Erkenntnissen der Untersuchungsmethoden abgeleitet werden können.

Die bisherigen Ergebnisse liegen dem Projektbeirat vor, wurden auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau veröffentlicht und sind wichtige Impulse für die weitere Konzeption der Kulturentwicklungsplanung.

Der Projektbeirat kommt am Sonnabend, den 10. November 2012 zusammen und wird sich über den weiteren Prozess einschließlich der Schwerpunktthemen verständigen.

Der **Antrag** der Ortschaftsräte Waldersee, Mildensee, Kleutsch und Sollnitz in der Stadtratssitzung am 26.09.2012 auf **Einrichtung einer Rettungsspur** war den zuständigen Fachämtern, dem Tiefbauamt, dem Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst und dem für die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs verantwortlichen Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung nochmals zur eingehen-

den Prüfung übergeben worden und mit Schreiben vom 11. Oktober 2012 ist eine Antwort erfolgt. Aus Sicht der Verwaltung sind bisher keine Einschränkungen in der Rettungssicherheit im Zusammenhang mit den betreffenden Baumaßnahmen eingetreten bzw. werden auch nicht erwartet. Daher kann dem Antrag auf Errichtung einer gesonderten Rettungsspur auf der Muldebrücke nicht gefolgt werden. Es sei auch in der Statik der Brücke selbst begründet, dass eine zusätzliche Spur nicht eingerichtet werden kann.

Wenn wir uns die Muldebrücke auch auf die eigenen Fahnen schreiben müssen, so sind die weiteren Verkehrseinschränkungen von uns nicht verursacht und waren trotz intensiver Bemühungen, vor allem was die Süd-Einfahrt betrifft, nicht zu verhindern. Herr Koschig dankte allen Verkehrsteilnehmern für ihre Geduld und appellierte an alle Ungeduldigen, nicht fahrlässig sich und andere in Gefahr zu bringen.

In den letzten Wochen und Monaten haben sich die **Schäden** an Hausgärten im Bereich der ehemaligen Garnison in Roßlau **durch Wildschweine** massiv gehäuft. Die Schweine suchen regelmäßig dort nach Futter. Solange sie dabei nicht gestört werden, werden sie immer wieder auftauchen. Die untere Jagdbehörde hat dem Vertreter des Eigentümers, dem Bundesforstbetrieb Mittelelbe, eine befristete Ausnahmegenehmigung für eine beschränkte Jagdausübung im befriedeten Bereich mit strengen Auflagen zum Schutz der Bevölkerung erteilt. Die Ausnahmegenehmigung gilt vorerst bis zum 31.12.2012.

Der Bundesforstbetrieb Mittelelbe lädt gemeinsam mit der unteren Jagdbehörde zu einer Informationsveranstaltung am 8. November 2012, um 17.30 Uhr, in den Ratsaal des Roßlauer Rathauses ein. Hier soll über die Maßnahmen zur Jagdausübung informiert werden. Gleichzeitig sollen geeignete Maßnahmen zur Vorsorge durch die Hauseigentümer vorgestellt werden.

Am 18.10.2012 fand ein **Bürgerforum** zur Vorstellung des Entwurfs des **Integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEK)** und der Abwägungsergebnisse zum Masterplan Innenstadt statt. Mit rund 150 Personen war das Alte Theater bis auf den letzten Platz gefüllt. Inzwischen haben zwei weitere Gesprächsforen im VORORT-Laden in der Zerbster Straße stattgefunden. Herr Koschig rief alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich zu beteiligen, in die Diskussion zum INSEK Vorschläge und Änderungs- oder Ergänzungswünsche einzubringen. Wenn ein einzelnes Vorhaben wie die Oststrandstraße 1900 Einwendungen erfährt, so müsste das INSEK als Grundsatzdokument unserer weiteren Stadtentwicklung ein noch deutlich größeres Echo hervorrufen.

Zum Abschluss des Auslegungszeitraumes besteht noch einmal am 12.11.2012 die Gelegenheit zur Information und zum Diskurs.

Am 5. Oktober 2012 konnte **Richtfest** für den Anbau am Hospiz gefeiert werden. Gerichtet wurde auch am 17. Oktober das Dach für das Altenheim in der Ferdinand-von-Schill-Straße.

Die Fachkräftegewinnung werde zunehmend ein Problem, das nun auch in der Wirtschaft angekommen ist. Am 1. November konstituierte sich unter der Leitung der Direktorin der Agentur für Arbeit Dessau-Roßlau/Wittenberg der **Lenkungsausschuss „Perspektive 2025“** und schon am 18. Oktober wurden in Anwesenheit von Staats-

sekretär Richter hier im Rathaus die beiden Regio-Coaches der Landesinitiative Network KMU vorgestellt.

Am 26. und 27. September kamen etwa 140 z. T. internationale Teilnehmer zum **Ei-beschiffahrtstag** zusammen und verabschiedeten zum Abschluss in der Elbe-Rossel-Halle die sog. **Dessauer Erklärung**. Bei der Förderung des Infrastrukturvorhabens Industriehafen Roßlau konnte der Durchbruch erzielt werden. Das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft beabsichtigt nunmehr, die im letzten Stadtrat beschlossene Variante zu fördern (*unter 4.2 zu benennender Beschluss*). Der Hafen, der zunehmend Schienenumschlagsgeschäfte zu verzeichnen hat, musste in den letzten Tagen durch die Sperrung der Eisenbahnstrecke bei Rodleben Einbußen hinnehmen. Die Sperrung des Übergangs Tornau wurde zum Glück wieder aufgehoben. Für unser Anschlussgleis ergab sich dabei aber eine günstigere Lösung.

Medaillen verdiene sich regelmäßig das **Dessau-Roßlauer Sportpublikum**, auch wenn es hin und wieder schwere Stunden hinnehmen muss wie am Sonntag, die Höchststrafe gegen den Lokalrivalen Anhalt-Bernburg.

Etwa 1000 Zuschauer erlebten am 28. September 2012 eine mitreißende Show der dänischen Nationalmannschaft im Showturnen „National Danish Performance“ in der Anhalt Arena.

Unser Publikum bereitete unserer Badminton-Nationalmannschaft am 11. Oktober 2012 einen neuen deutschen Länderspielrekord mit 3.025 Zuschauern. Hinzu kamen Millionen Zuschauer in mehreren Fernsehmagazinen. Der alte Rekord mit über 2000 Besuchern stammte übrigens auch aus unserer Anhalt-Arena.

An dieser Stelle sprach Herr OB Koschig an den **Hof Kruse** in Bernsdorf einen besonderen Dank aus. Das **Erntedankfest** am Tag der Deutschen Einheit sei mittlerweile zu einem Anziehungspunkt für die ganze Region geworden.

Dank sprach Herr Koschig auch allen **Akteuren der Interkulturellen Woche** Ende September aus.

Vom 14. bis 22. Oktober weilten Schülerinnen und Schüler des Walter-Gropius-Gymnasiums in Rehoboth, Namibia, zum Schüleraustausch.

In der Partnerstadt Klagenfurt fand unter dem Motto **TwinTownArt** eine gemeinsame Ausstellung von Künstlern aus Klagenfurt und aus unserer Stadt statt. Vorbild dafür war unsere alljährliche BrauArt.

Für das Jubiläumsjahr „**Dessau800**“ laufen die Vorbereitungen, wofür mit unseren kommunalen Unternehmen eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet wurde. In das Jubiläum wird auch das Jubiläum „**25 Jahre Städtepartnerschaft Dessau Ludwigshafen**“ eingebettet sein. Oberbürgermeisterin Lohse hat für das große Stadtfest im Juli schon ihr Kommen zugesagt.

Dem Ende zu neigt sich das **Anhalt-Jubiläum**. Die Einzelheiten können den zugesandten Unterlagen entnommen werden. Am 15. November kommt noch einmal die lokale Arbeitsgruppe zusammen, die für die Vorbereitung des nächsten 800-Jahres-Jubiläum gewonnen werden soll.

Schließlich werde das Anhalt-Jahr mit einer Zukunftskonferenz in Köthen beendet. „Perspektiven Anhalts“ lautet das Thema. In Anwesenheit von Ministerpräsident Dr. Haseloff und Ministerin Prof. Wolf sollen u. a. unsere „Visionen Anhalts 2025“ vorgestellt werden.

Zum Schluss seiner Ausführungen sprach Herr OB Koschig **Einladungen** zu Gedenkstunden aus. Dabei handelte es sich um die

- Gedenkstunde anlässlich der Pogromnacht am 9.11.2012, um 14.00 Uhr an der Stele Askanische Straße, die dazu erstmalig abgesperrt werden soll und wofür Herr Koschig bereits heute um Verständnis bitte,
- und die Gedenkstunde anlässlich des Volkstrauertages am 18.11.2012, um 11.30 Uhr auf dem Friedhof III (Dessau-Süd).
- Zuvor wird um 10.00 Uhr in der Johanniskirche die Feier zu 20 Jahren Cranach stattfinden.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr OB Koschig hatte in seinem Bericht bereits den in der letzten Sitzung des Stadtrates im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschluss „Verkehrliche Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der Gewerbegebiete DHW Rodleben und Industriehafen Roßlau“ benannt.

5 Einwohnerfragestunde

Als erster Redner erhielt ein **Vertreter der Initiativegruppe Junkalor** das Wort. Er benannte die Mitglieder dieser Initiativegruppe, u. a. Prof. Holger Schmidt, Robert Hartmann, Guido Fackiner, Prof. Brigitte Hartwig, Dieter Bankert. Der Abriss des Junkalor-Verwaltungsgebäudes bedeutet einen großen Verlust für Dessau, architekturhistorisch als wichtiges Zeitzeugnis. Der Abriss wird derzeit vehement vorangetrieben, obwohl diverse Zeitungsartikel, Briefe an den Oberbürgermeister und die Landesregierung und auch eine Sendung am Montag im Deutschlandfunk erfolgten. Die Fragen der Initiativegruppe lauteten:

- Im Schreiben vom 4.11. an den Oberbürgermeister hat die Initiativegruppe ein konkretes Angebot gemacht, wie steht es darum? Bisher steht eine Antwort aus.
- Die Stadt Dessau-Roßlau hat sich 2011 ein neues Leitbild gegeben, das vom Abriss dieses Gebäudes konterkariert wird. Darin heißt es wörtlich „Wir greifen unsere Tradition als Stadt der Aufklärung und Moderne auf und richten unser Augenmerk auf Innovation und sind offen für kreative Ideen.“ Hier ist ein konkreter Fall und es werde nichts daraus gemacht. Die Bürger von Dessau verstehen das nicht.
- Über den geplanten Abriss gab es nur eine Information der OB-Dienstberatung an den Bauausschuss am 11.09. und an den Wirtschaftsausschuss am 20.09. d. J. und das war im nichtöffentlichen Sitzungsteil. Wieso wurde nicht noch einmal der Stadtrat einbezogen, warum gab es keine Suche nach Alternativen, obwohl bekannt war, dass großes Interesse besteht und es Bürger gab, die eine Zusammenarbeit sicher nicht abgelehnt hätten?

- Angesichts des 100-jährigen Gründungsjubiläums des Bauhauses wurde wie erwähnt von Vertretern der Kultusminister aus 5 Bundesländern exakt hier in Dessau die gemeinsame Planung und Ausrichtung beschlossen. Gleichzeitig wird in der gastgebenden Stadt ein Bau der klassischen Moderne abgerissen, wie passt das zusammen?

An dieser Stelle wurde der Bürger durch Herrn Hoffmann, 1. stellv. Stadtratsvorsitzender, angemahnt, zum Ende zu kommen, da nunmehr Statements, bei denen schon die Zielrichtung des Anliegens deutlich wurde, herauszuhören seien. Der Bürger bedankte sich und bat um Beantwortung.

Herr Beigeordneter Hantusch führte aus, man habe sich in der Vergangenheit sehr häufig und intensiv getroffen und habe auch über Erhalt von Denkmälern von Hugo Junkers-Bauten diskutiert. Das sei nicht etwas, was von heute auf morgen gekommen ist, sondern eine Vorgeschichte hat. Vieles, was gesagt wurde, war richtig, insbesondere zur Bedeutung von Hugo Junkers für die Stadt, aber auch hinsichtlich des Leitbildes. Man habe sich in der Vergangenheit wie gesagt sehr intensiv um dieses Gebäude gekümmert und es war klar, die Stadt kann das Gebäude nicht erhalten. Deshalb war es auch ausgeschrieben und es hat sich im Grunde genommen niemand beworben, bis auf ein Unternehmer, der sagte, sich das zuzutrauen. Diesem Unternehmer habe man die Chance gegeben und es zeigte sich, dass er letztendlich die Rahmenbedingungen nicht erfüllte. Letztendlich kam ein Beschluss zum Tragen (Herr Bekierz könne diesen Ablauf näher darlegen), dem nachgekommen wurde.

Die Stadtverwaltung habe insgesamt 4 Schreiben von Einzelpersonen und ein Schreiben von dem Verein Industriekultur Hugo Junkers bekommen. Das erste Schreiben war vom 26.10. Natürlich mussten wir uns noch einmal damit beschäftigen, können wir oder wer kann einen Abrisstopp verantworten. Deshalb wurde heute den Stadträten ein Schreiben an den Herrn Volger, Gestaltungsratsmitglied, zur Kenntnis ausgereicht, der uns ebenfalls angeschrieben hat. Hier ist die Problematik, die die Verwaltung sehen musste, nochmals dargestellt. Es gab keine Chance, einen sofortigen Abrisstopp zu bewirken. Herr Bekierz sollte nun das Wort für Ausführungen erhalten, wie das Gebäude insgesamt behandelt wurde, von der Verwaltung und auch der Politik. Die Politik war jederzeit eingebunden und man habe sich auf politische Beschlüsse zurückgezogen.

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement, erhielt das Wort und wies darauf hin, dass die Stadtverwaltung und auch die Mitglieder des Stadtrates im Moment in eine Ecke gedrängt werden, in die sie nicht gehören. Das angesprochene Gebäude ist seit nunmehr 20 Jahren aus der Nutzung und war den größten Teil dieser Zeit in privater Hand. Diese privaten Eigentümer haben einen guten Teil dieser Zeit versucht, es zu vermarkten und wieder in Nutzung zu bringen. In Zeiten, die wesentlich besser waren, als sie jetzt sind, war es ihnen nicht gelungen.

Die Stadt habe 2007, als schon fast alles kaputt war (die Fassade drohte auf die Straße zu fallen) und das Gutachten vorlag, dass das Gebäude nicht mehr mit einem vertretbaren Aufwand zu retten ist, einen Beschluss herbeigeführt. Die Stadt wollte hier herangehen, um den städtebaulichen Missstand des Gesamtgeländes und die Gefährdung der Gebäude und vor allem des Verwaltungsgebäudes für Leib und Leben zu beseitigen. Der Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2007 stellte als Bedingung für die Übernahme u. a., dass es eine gültige Zerstörungsgenehmigung gibt, weil von

Beginn an klar war, dass wir nicht in der Lage sind, mit unseren Mitteln das Gebäude in Ordnung und in Nutzung zu bringen. Nichtsdestotrotz habe die Stadt seit der Übernahme weiterhin versucht, das Gebäude zu vermarkten und Investoren zu finden, ohne dass dies bis heute gelungen ist.

Die Diskussion begann nun mit dem Aufziehen der Bagger. Dies hatte man schon einmal 2009/2010, als der große Teil abgeräumt wurde. Dies habe 2010 zu einem 6-monatigen Moratorium geführt. Es wurden 6 oder 7 Ausschusssitzungen veranstaltet, in denen man sich intensiv mit dem Thema beschäftigte und nach Lösungen suchte. Es wurden viele Hilfen angeboten, die darin gipfelten, dass ein Schreiben einging, in dem es wörtlich heißt: „Im Namen des Vereins melde ich hiermit an, dass der Verein bestrebt ist, die Junkersbauten im Rahmen des Denkmalschutzes zu sanieren.“ Dies war vor 3 Jahren. Nüchtern müsse **Herr Bekierz** feststellen, dass der Verein dazu genauso wenig in der Lage war, wie die Stadt selbst auch.

In der Gesamtheit dieser Fakten, wo wirklich alle Möglichkeiten diskutiert wurden und man der Meinung ist, dass ordentlich abgewogen und alles ausgeschöpft wurde, was möglich ist und vor dem Hintergrund, dass sicher für ein zweifelsohne so hochrangiges Baudenkmal wie dieses Verwaltungsgebäude eine Obere Denkmalbehörde und das Landesverwaltungsamt keine Zerstörungsgenehmigung geben würden, wenn nicht nachgewiesen ist, dass alle Rettungsversuche zu keinem Ergebnis geführt haben. In dieser Gesamtsituation bitte Herr Bekierz, es zu akzeptieren, dass wir keine andere Lösung haben. Es gab schon einmal das Thema, dass Fördermittel in Aussicht gestellt wurden für diese Beräumungen und es über ähnliche Diskussion damals nicht dazu kam. Die Fördermittel waren dann weg und wir müssen nun mit schlechterer Förderung die Maßnahme durchführen. Die Maßnahme muss aber bis 31.12.2012 abgeschlossen sein. Wenn es wieder nicht gelingt, glaube **Herr Bekierz** nicht, dass die Stadt ein drittes Mal die Möglichkeit bekommt.

Herr Hartmann, SPD-Fraktion, ergänzte, alles Gesagte sei richtig, das Gebäude war nicht zu retten. Nun käme aber der Abriss für ihn als Stadtrat auch ziemlich überstürzt. Er wähnte sich immer noch in der Kenntnis, dass dort ein Investor in Gang ist, der versucht etwas zu entwickeln. Erst durch eine Presseinformation habe er davon erfahren und habe am gleichen Tag im Kulturausschuss am 11. Oktober und am 15. Oktober im Bauausschuss gezielt nachgefragt und zur Kenntnis nehmen müssen, dort passiert etwas. Jetzt müsse er feststellen und sagen, als damals über den Abriss befunden worden ist (2007) war man sich über die Tragweite, wie man abreißen kann und wie die ganzen Prozesse sind, nicht im Klaren. Als jetzt die Sache konkret wurde, hätte man nochmals darüber nachdenken sollen, das Haus ist verloren, was kann man aber daraus machen. Die Überlegung stehe nicht, das Haus als Ganzes zu retten, sondern diese Stahlkonstruktion, die das Haus in sich trägt. Dies sei das, was Herr Junkers geschaffen hat und wo auch ein Patent existiert. Diese Stahlkonstruktion hätte man in Gänze oder in Teilen erhalten können. Man hätte den Versuch wagen können. Der Versuch ist gar nicht unternommen worden, was bedauerlich sei.

Die Stadträte können nicht mit all den Informationen so permanent im Gange sein, dass sie alles verstehen, es zeitlich verfolgen und sich inhaltlich auseinandersetzen. Er würde sich wünschen, dass man versucht, eine Möglichkeit zu finden, wie man doch noch erhalten kann, was zu erhalten ist, um an das Bauwerk zu erinnern, um etwas Bleibendes zu haben. Er denke, mit etwas gutem Willen kann man daran arbei-

ten. Er bitte die Stadtverwaltung, da noch einmal in sich zu gehen und zu schauen, ob wir eine Möglichkeit finden, Teile des Skelettes zu erhalten.

Darauf entgegnete **Herr Bekierz**, er habe sich heute die Situation des teilweise freigelegten Stahlskelettes angesehen. Ihm sei dabei die Frage gekommen, ob dieser geniale Mensch Hugo Junkers es verdient hat, dass man mit einer unmotiviert herumstehenden, verrosteten Stahlkonstruktion an ihn erinnern möchte. Das Gebäude an sich und auch die Kombination mit der Stahlkonstruktion war genial. Die Stahlkonstruktion für sich gesehen sage aber nichts aus und habe nichts mit der Genialität dieses Menschen zu tun.

Unabhängig davon, erläuterte Herr Bekierz, technisch sei es so, dass immer bei Abrissen mit möglichst günstigen Technologien gearbeitet wird, d. h. hier ist vorgesehen, dass mit großen Baggern Sachen zusammengezogen werden. Wenn eine solche Konstruktion gerettet werden soll, müsse mit händischen Leistungen, enormen Sicherungen und damit mit einem völlig anderen Aufwand, einem geplanten Aufwand, herangegangen werden. Das bedeutet, dass noch einige Wochen für Planungen eingeschoben werden müssen, was nicht machbar sei. Dann entstehe ein Mehrfaches an Kosten zu den jetzigen Abrisskosten und es gibt den terminlichen Druck bis zum 31.12.2012.

Wenn dann eine solche Konstruktion steht, erhebt sich die Frage, was man damit macht, woher nimmt man das Geld, um daraus etwas Ansehbares zu machen. Außerdem sollte jedem klar sein, wenn man ein Denkmal an dieser Stelle baut, erfüllt man nicht den Förderzweck, der klar definiert ist als gewerbliche Ansiedlung. Dann muss man so konsequent sein und sagen, es müssen die Mittel bereitgestellt werden, diese gesamten Leistungen aus Eigenmitteln der Stadt zu finanzieren.

Herr Weber, CDU-Fraktion, fragte nach, ob es richtig ist, dass das Dienstgebäude des ehemaligen Regierungspräsidiums, heute Oberfinanzdirektion, ehemalige Junkers Hauptkonstruktionsabteilung, genau in der gleichen Form errichtet worden ist, unter Denkmalschutz steht und damit ein vergleichbares Denkmal darstellt, womit diese Art der Konstruktion hier in Dessau gesichert ist. *Diese Nachfrage wurde bestätigt.*

Der Vertreter der Initiativegruppe Junkalor merkte an Herrn Bekierz gerichtet an, man wisse darum und habe darum ein ganz konkretes Angebot unterbreitet. Er könne ihm gern eine Kopie des Briefes geben, in dem angeboten wurde, das Grundstück zu übernehmen und auch an der Sicherung dieses Skelettes mitzuarbeiten. Die Initiativegruppe habe sich auch Gedanken darüber gemacht, wie sie das Ganze vermarkten könnte. Das Gewerbegebiet würde auf jeden Fall eine große Aufwertung durch dieses „Denkmal“ - Junkers wollte niemals ein Denkmal für sich - erfahren. Zumindest wäre es ein authentischer Erinnerungsort. Das Gewerbegebiet könnte man wunderbar mit dem Namen Junkers vermarkten. Wenn aber alles abgeräumt und auch die Rundbogenhalle versetzt ist, erinnert nichts mehr daran und es sind alle Spuren beseitigt.

Als **Vorsitzender des Vereins Industriekultur Hugo Junkers**, der seinen Sitz in Dessau-Roßlau hat, trat ein Leipziger Bürger auf.

Es erfolgte der **Hinweis seitens des Präsidiums**, dass er kein Fragerecht hätte, da er kein Dessauer Bürger sei. Man räume ihm dieses Recht jedoch als Vertreter des Vereins ein.

Von dem Vertreter wurden an Herrn Oberbürgermeister Koschig folgende Fragen gestellt:

- Welche Ziele werden von ihm verfolgt mit den Junkersbauten auf dem Junkalorgelände?
- Ist er bereit, sich mit verschiedenen Akteuren zusammzusetzen, um das Geheimnis der Junkersbauten zu lüften?
- Wird er mit dem Verein einen Termin vereinbaren, um über die Zukunft der Dessauer Junkersbauten zu reden?

Herr Oberbürgermeister Koschig lehnte dies ab und betonte, die Fachleute des Fachdezernates, sowohl Herr Hantusch als auch Herr Bekierz haben die Sachlage klar dargestellt und so werde auch verfahren. Die Stadt habe hier keine Möglichkeiten. Er könne auch aus dem Schreiben nicht erkennen, dass der Verein das Teilgrundstück erwerben und die Verkehrssicherungspflicht übernehmen will und dazu auch in der Lage ist. Man sei aber jetzt in diesem zeitlichen Druck und habe eigentlich keine Alternativen mehr. Es wurde sehr frühzeitig über dieses Stahlskelett diskutiert. Es gab den Abrissbeschluss und den Verkauf des Unternehmers aus Roßlau. All dies war auch im Fachdezernat besprochen worden und es ist nicht zu der sicherlich von allen Junkers-Freunden gewünschten Lösung gekommen. Somit wurde in der Dienstberatung des OB die Festlegung getroffen, wichtige Teile über die Denkmalpflege zu sichern.

Frau Christina Kaiser, Heinz-Röttger-Straße 7, sprach zum Bürgerhaushalt der Stadt Dessau-Roßlau, wozu es eine Postkartenaktion gab. Ergebnis dieser war eine Rücklaufquote von über 7 %. Die Auswertung war in der Kommunalen Statistikstelle vorgenommen worden, die Unterlagen sind hier also zugänglich und es sei auch sicher möglich, dass Frau Ziemba diese den Stadträten zukommen lassen kann. Die Frage, die sich der Projektgruppe nun stellt, ist, wie weiter damit umgegangen wird, wie der weitere Verlauf des Bürgerhaushaltes sein soll. Die Frage müsse nicht heute beantwortet werden, so dass sich jeder zunächst einen Überblick über die genauen Ergebnisse beschaffen kann.

An dieser Stelle konnte **Herr Hoffmann, 1. Stellv. des Stadtratsvorsitzenden**, zusichern, dass ein Prozess in Gang sei. Man werde sich mit der Sache befassen und sie nicht im Sande verlaufen lassen. Dieses ernsthafte Anliegen werde respektiert und akzeptiert.

Man sei sehr dankbar für diesen guten Rücklauf bei der Postkartenaktion, ergänzte **Herr OB Koschig**.

Zu Wort meldete sich **Herr Peter Kreßner, wohnhaft in der Kavaliestraße 51**. Er sprach Herrn Hantusch an, dieser solle darlegen, welche Leistungen er bis jetzt in Dessau vollbracht habe, welche Steuergelder in seiner Amtszeit, wie viel Arbeitsplätze er geschaffen und welche Visionen er habe, damit in Dessau ein Fortschritt passiert und nicht nur abgerissen und unser Kulturgut beseitigt wird. Wir müssen den Bürgern Hoffnung geben auf die Zukunft. Herr Hantusch reiße ab, das gebe keine Hoffnung.

Das Präsidium habe im Vorfeld dieser Sitzung eine ganze Reihe von Fragen von Herrn Kreßner zugesandt bekommen, merkte **Herr Hoffmann, 1. Stellv. des Stadtratsvorsitzenden**, an. Das Präsidium werde sich auch damit befassen und er könne nach Abstimmung mit den Präsidiumskollegen signalisieren, mit Herrn Kreßner dazu einen Gesprächstermin zu vereinbaren. Darauf, wie es in der emotionalen Form vorgetragen wurde, könne hier keine Beantwortung erfolgen.

Herr Kreßner betonte, natürlich könne darauf geantwortet werden,

Frau Zwoch, frühere Roßlauer Bürgerin, jetzt Dessauerin erhob eine Frage, wozu sie annehme, es komme von Herrn Hantusch. Sie habe in der Zeitung etwas von Sichtachsen gelesen und dass in der Folge der Errichtung dieser Sichtachsen die Bäume am Bahnhof und gegenüber am Theater verschwinden müssen. Sie selbst habe sich über Jahre über diese schönen Bäume gefreut, wenn sie vom Bahnhof oder abends vom Theater kam. Vor einigen Jahren war es noch schöner, als da noch Blumen angepflanzt waren. Nun frage sie, warum man die Bäume abholzen will und nicht daran denkt, die Stadt zu verschönern. Bezüglich Sichtachsen wies Frau Zwoch auf einen schlechten Anblick der Fassade des ehemaligen Magnetkaufhauses hin. Weiterhin stellen die hässlichen weißen Bauten vor der Brauerei - Industriebauten aus Backstein, die sehr gut aussehen - einen schlechten Anblick dar und sollten abgerissen werden. Diese alten Industriebauten wären vergleichbar mit dem Bauhaus, sie sind ebenfalls wertvoll und sollten erhalten werden. Als weitere Missstände führte Frau Zwoch die langsam verfallende ehemalige Rodebilleschule, die ehemalige Diskothek (Johann-Meier-Straße) und die Gärungschemie an, wo Herr Hantusch so viel zu tun hätte, um Sichtachsen zu schaffen.

Herr Beigeordneter Hantusch entgegnete, die Stadt habe sehr viel kulturelles Erbe, aber zunehmend sei die Stadt auch finanziell arm. Im Dezernat wurde einmal aufgelistet, allein die Stadtverwaltung habe etwa 110 Denkmäler in ihrem Portfolio mit einem riesigen Investitionsvolumen, d. h. Renovierungsstau. Es kann also nicht mehr alles erhalten werden, was man akzeptieren muss. Sein Vorschlag war auch, weniger ist mehr, d. h. wir wollen uns jetzt mit der Denkmalbehörde in Verbindung setzen und fragen, welche Bauten erhalten werden können, wo sich die Stadt auch zutraut, sie zu erhalten, der Rest verfällt.

Die andere Feststellung ist, dass diese Stadt schrumpft, pro Jahr um 1000 Einwohner. Herr Hantusch sei auch Verwaltungsratsvorsitzender der DWG. Die DWG habe im Moment einen Leerstand von 3000 Wohnungen, sprich 28 %. Das treibt eine Gesellschaft mehr oder weniger fast in den Ruin. Die 4 Wohnungsbaugenossenschaften in Dessau-Roßlau verfügen lediglich über 40 % der Mietwohnungen, d. h. 60 % sind in privater Hand. Die von Frau Zwoch angesprochenen Bauten sind in privater Hand, hier komme die Stadt gar nicht heran. Insofern sei Herr Hantusch nicht der Beigeordnete, der gern abreißt, sondern der versucht, dort abzureißen, wo es sinnvoll ist. Man müsse sich Gedanken machen, was wir damit machen, was nicht abgerissen wird, um die Stadt halbwegs schön zu halten.

Zu den Bäumen kommend, erklärte Herr Hantusch, um Dessau herum haben wir unwahrscheinlich viele Bäume, ein wunderschönes Biosphärenreservat. Wir haben ein Dessau-Wörlitzer-Gartenreich, das sich dadurch auszeichnet, dass es Sichtachsen gibt. In dieser Stadt habe man aber kaum Sichtachsen. Frau Zwoch habe Recht, wenn man vor dem Bahnhof steht, sehe man den Bahnhof. Stehe man aber am Frie-

denplatz und schaut auf das Theater, ist es ein wunderschönes Gebäude, das man in Szene setzen kann durch eine Sichtachse. Man könne also Stadtmarketing betreiben, was auch sein Ansatz war. Vieles, was die Stadt habe, habe sie im Hinterhofbereich und kann das, was sie hat, nicht zur Schau stellen. Marketing sei nun einmal das, was man hat zur Schau zu stellen. Der Ansatz von Herrn Hantusch war, er wollte nicht alle Bäume wegnehmen, so habe es auch nicht in der Zeitung gestanden, sondern er wollte eine kleine Sichtachse. Er habe dem Bauausschuss einmal demonstriert, wie es sein könnte, einmal die Sicht auf den Bahnhof und auch auf das Theater.

Herr Hantusch wollte die Stadt besser in Szene setzen, das ist Stadtmarketing. Er sei auch für Wirtschaft zuständig und es siedeln sich nur Unternehmen an in einer Stadt, wo auch diese Dinge in Szene gesetzt sind, wo man mit einem Blick sieht, wenn man mit dem Auto dort entlang fährt, dort ist etwas Tolles. Wir haben ein 4-Sparten-Theater, das einen jährlichen Zuschussbedarf von 15 Mio. € hat und wir verstecken es hinter einer Baumreihe. Es sei Stadtmarketing und diesen Weg verfolge er, werde ihn visualisieren und dem Bauausschuss vorstellen. Und die politischen Gremien entscheiden darüber, wollen wir diese Sichtachsen haben, sind sie wichtig für das Stadtmarketing oder nicht. Jemand, der sich Gedanken darüber macht, dürfe nicht herabgewürdigt werden, als würde er nur die Gebäude oder was auch immer abreißen wollen. Es geht darum, die Stadt liebenswert, lebenswert, überlebenswert zu halten.

Als Entgegnung gab **Frau Zwoch** zu bedenken, wenn sie in der Stadt stehe, sehe sie das Bauhaus auch nicht und es müsse vielleicht der Bahnhof abgerissen werden.

Herr Kreßner meldete sich erneut zu Wort und sprach an, man habe sich mit dem unsäglichen Beschluss Dessau-Roßlau ein „großes Ei“ gelegt. Das habe man erkannt, nachdem man die Bauhausstadt ausgerufen habe. Man lege sich ein zweites Ei, wir verhindern die Entwicklung in die Zukunft. Er frage, was denkt man über den Titel „Welterbestadt Dessau in Anhalt“, was denkt man z. B. über „Anhalt-City“, den Vorschlag von einem Dr. Brügge, bis 2050 eine Metropole zu entwickeln aus Wittenberg, Köthen und Dessau. Es gibt noch andere Namen, die mindestens genauso oder besser sind als Bauhausstadt. Junkers und Bauhausstadt wurde immer in einem Zusammenhang genannt, warum reißt man diesen auseinander?

Es rege sich bei ihr ein gewisser Widerspruch an, wie mit den Fragen eines Bürgers umgegangen wird, erklärte **Frau Lohde, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Sie empfinde z. B. die Frage eines Bürgers als angebracht, Herrn Hantusch zu fragen, wie viel Arbeitsplätze er in der Stadt geschaffen hat. Sie erinnere an seine Antritts- oder Bewerbungsrede, in der er sagte, er wird 2000 Arbeitsplätze in dieser Stadt schaffen. Das ist eigentlich eine Frage, die die Stadträte an Herrn Hantusch stellen sollten, was der Bürger ihnen abgenommen habe. Deshalb hätte man Herrn Hantusch antworten lassen sollen.

Der Auffassung folgte **Herr Hoffmann, 1. stellv. Stadtratsvorsitzender**, da eine sachliche Frage nach einem Fakt an sich auch sachlich beantwortet werden könne. Deshalb richtete er die Frage an Herrn Hantusch, ob er diese Frage sachlich beantworten wolle.

Er wolle sich nicht um die Beantwortung drücken, merkte **Herr Beigeordneter Hantusch** an. Die Frage sei allerdings so diffizil und schwierig, dass man nicht in drei Sätzen antworten könne. Er habe auch noch etwas mehr zu tun als nur Wirtschaft, er sei für den gesamten Bereich Stadtentwicklung zuständig. Hier könne er aus dem Stegreif viele Dinge anführen.

Als erstes fragte Herr Hantusch, ob schon bemerkt wurde, dass es im Herbst nicht mehr stinkt in der Stadt, dass keine Schwaden über die Stadt ziehen? Nein, man habe sich daran gewöhnt. Man habe auf sein Betreiben hin eine Verbrennverordnung gemacht. Er war gewarnt worden, man bekomme es nie hin. Man habe die Baumenschutzsatzung angepasst, auch das ist über sein Dezernat gelaufen. Die Stadt hat seit 20 Jahren das erste Leitbild, ein Leitbild, das über die Grenzen von Dessau-Roßlau hinaus Beachtung findet. Wir haben über drei Jahre Konjunkturprogramm II gemacht, 18 Mio. € zusätzlich verbaut, ohne jeglichen Personalzuwachs - wurde eine Beschwerde bekannt? Nein. Es wird das Integrierte Stadtentwicklungskonzept, eines der aufwendigsten Konzepte, die die Stadt bisher gemacht hat. Warum, weil wir eine schrumpfende Stadt sind, weil die Schwierigkeiten in einer schrumpfenden Stadt mindestens genau so schwierig sind wie in einer prosperierenden Stadt. Wir machen einen Masterplan Innenstadt, viele, viele andere Dinge. Auch Verwaltungsratsvorsitzender DWG habe es ihm viel Kraft gekostet, jetzt nochmals über die Y-Häuser zu reflektieren gemeinsam mit der Geschäftsführung der DWG. Weiterhin zählte Herr Hantusch auf: Stiftungsrat, Bauhausstadt, alles Themen, die nur und ausschließlich oder weitgehend im Dezernat VI für Wirtschaft und Stadtentwicklung laufen, eine SWOT-Analyse, darüber hinaus mitten in der Innenstadt die Reaktivierung einer Fläche, darüber hinaus die Reaktivierung einer Industriefläche, über die wir gerade gesprochen haben. Dies sei eine Vielzahl von Voraussetzungen, um Betriebe anzusiedeln. Wenn man dies resümiert über 4 Jahre, dann ist das eine ganz hervorragende Leistung. Herr Hantusch werde auch die Zahl bringen, wozu er aber gern diskutieren wolle, wie viel Arbeitsplätze hier angesiedelt und weshalb auch keine 2000 bisher angesiedelt wurden.

Die von ihm genannten Dinge beinhalten immer Rahmenbedingungen, betonte **Herr Hantusch**. Wenn diese Rahmenbedingungen in dieser Stadt nicht da sind und erst geschaffen werden müssen, dann ist das auch ein Punkt, über den man, wenn man ernsthaft interessiert ist, sprechen muss. Insofern würde er es sogar begrüßen, wenn man ernsthaft über dieses Thema spricht und dann sehe man, wer wann und wie mitgeholfen hat. Das kann nur eine Gemeinschaftsleistung sein.

Den Tagesordnungspunkt abschließend, versicherte **Herr Hoffmann, 1. stellv. Stadtratsvorsitzender**, Herrn Kreßner nochmals, dass er einen Gesprächstermin vorgeschlagen bekomme. Dann könne ins Detail gegangen werden, was vielleicht in diesem Rahmen der Stadtratssitzung und der Einwohnerfragestunde zu viel wäre.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Lärmkartierung für Hauptverkehrsstraßen

Vorlage: DR/IV/053/2012/VI-83

An die Verwaltung gerichtet, bewertete **Herr Weber, CDU-Fraktion**, die Lärmkartierung als eine sehr gute Arbeit. Er habe aber auf Anfrage erfahren, dass nur die Straßen einbezogen wurden, die mit mehr als 8000 Fahrzeugen täglich befahren werden.

Die L 63 in Richtung Aken ist inzwischen nach eigener Zählung auch bei über 8000 Fahrzeugen, weshalb er anregen möchte, bei der nächsten Kartierung a) diese Aussage, die er eben gemacht habe, nochmals zu überprüfen und b) die Kartierung zukünftig diesbezüglich auszuweiten.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Andrich, Fraktion Die Linke, bezog sich auf den von der Projektgruppe Bürgerhaushalt heute mitgeteilten erreichten Stand. Sie regte hier als Mitglied der Projektgruppe an, in der **nächsten Stadtratssitzung am 12.12.2012** den Antrag zur Anerkennung des erreichten Quorums der Postkartenaktion zum Bürgerhaushalt und **Einführung des Bürgerhaushaltes** in Dessau-Roßlau zu **behandeln**. Frau Andrich legte u. a. begründend dar, dass das Ergebnis der Beteiligung bundesweit herausragend ist und der Stadtrat dieses respektieren und den Bürgerhaushalt für das Jahr 2014 gemeinsam mit der Stadtverwaltung in 2013 vorbereiten und einführen sollte. Der Antrag wurde dem Präsidium zur Aufnahme in die Tagesordnung der nächsten Sitzung übergeben.

Die Beantwortung des Antrages von 4 Ortschaftsräten auf Einrichtung einer Rettungsspur habe Herr OB Koschig bereits in seinem Bericht dargelegt, erklärte **Herr Ehm, CDU-Fraktion**. Er wolle jedoch zu dem Thema noch etwas sagen. Die Stadtverwaltung verstehe nicht, dass insbesondere die Walderseeer und die anderen östlichen Stadtteile waren ebenfalls heftig betroffen, seit dem Hochwasser ein Trauma haben. 8 Jahre vor dem Hochwasser habe man gemahnt und immer wieder gehört, die Deiche sind sicher. Bis es dann zu spät war und diese Stadtteile den Schaden und zwar immense Schäden hatten. In einem ähnlichen Konsens müsse die Angst, die sich jetzt aufgrund der verstopften Straßen durch die Baumaßnahmen ausgeweitet hat, gesehen werden. Es sei sehr unsensibel von der Stadt, diesen Antrag einfach wegzubürsten und ohne irgendeine Lösungsmöglichkeit überhaupt anzudeuten.

In der letzten Woche sei dem Ortschaftsrat ein Leserbrief zu dem Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung vom 18.10. zugegangen: Friedensbrücke, Rettung in 12 Minuten. Dieses Schreiben sei zwar anonym und eigentlich werfe Herr Ehm solche gleich in den Papierkorb, aber es wurde im Ortschaftsrat beraten, weil es sämtliche Wahrheiten zu dem Thema enthielt. Er habe auch den Eindruck, das Schreiben wurde von einem Rettungsarzt geschrieben, da es viel Fachwissen enthält. **Herr Ehm** sagte zu, dieses Schreiben allen Stadträten per Email zukommen zu lassen, damit sie es besser verstehen.

Im Ortschaftsrat wurde beraten, was aufgrund des abschlägigen Bescheides der Stadtverwaltung unternommen werden soll. Man habe sich entschlossen, die Stadtverwaltung aufzufordern, eine Rettungs- und Katastrophenschutzübung durchzuführen mit dem Worst-Case-Szenario eines schweren Unfalls auf der A9, auf der Friedensbrücke und gleichzeitigen Notrufen aus den 4 östlichen Stadtteilen. Dies alles findet in der Situation der Vollsperrung des Autobahnzubringers Dessau-Süd wegen Bauarbeiten und der jetzigen Baumaßnahme Friedensbrücke statt. Herr Ehm übergab eine detaillierte Beschreibung der Vorfälle dem Präsidium.

Der Oberbürgermeister werde aufgefordert, die Öffentlichkeit über die Erkenntnisse aus dieser Katastrophenschutzübung zu informieren. In dem besagten Artikel vom 18.10. habe Herr Kuhnhold geäußert, dass die Anfahrtszeit vorgeschrieben ist, aber nicht die Rückfahrtszeit, fügte Herr Ehm an. Aus dem Leserbrief und aus eigenem Wissen müsse Herr Ehm aber sagen, dass die Rückfahrt wohl keine Zeitvorgabe hat, aber das können die entscheidenden Minuten sein, die über Gesundheit oder sogar über Leben oder Tod entscheiden. Deshalb müsse man diese Zeit einfach in die Überlegungen einbeziehen.

Eine weitere Äußerung kam von Herrn Kuhnhold im Bauausschuss am 15. Oktober, dass diese 12 Minuten keine gesetzlich verbrieft forderbare Zeit wäre, sondern ein Richtwert. Hierzu bat **Herr Ehm** die Stadtverwaltung, eindeutig in den Ämtern zu klären und zu publizieren, dass dies im Rettungsdienstgesetz steht und damit eine verbindliche, für jeden geltende und einzufordernde Zeit ist.

Frau Grabner, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, berichtete, dass am 19. März die Stadtteil-AG im Quartier am Leipziger Tor ein Schreiben an die Verwaltung verfasste, besonders an das Dezernat V. Am 29. März erhielt sie schriftliche Antwort, worin u. a. steht, dass im Zusammenhang mit laufenden konzeptionellen Arbeiten im Sozialbereich und der Stadtteilentwicklung zu den konkret aufgeworfenen Fragestellungen zur Perspektive (des Quartiers am Leipziger Tor) eine interne dezernatsübergreifende Abstimmung vorgenommen wird. Im Ergebnis würde man unaufgefordert auf sie zukommen, um gemeinsam die weitere Vorgehensweise abzustimmen. Seit dem 29. März habe sich noch niemand gemeldet, weshalb Frau Grabner fragte, wann ein Kontakt hergestellt und wie die weitere Verfahrensweise sein wird.

In Vertretung des Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung antwortete **Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration**, dahingehend, dass es einen Termin im November geben soll. Dies sei mit Herrn Dr. Raschpichler abgestimmt. Er wird am 19.11. aus dem Urlaub zurückkehren und kurz danach werde es einen Termin geben.

Im Auftrag der Interessengemeinschaft „Lieder gegen das Vergessen“ sprach **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, eine Einladung zu der Gedenkveranstaltung an die Pogromnacht am 9. November, 17.00 Uhr, in die Marienkirche aus. Diese Veranstaltung findet bereits zum 19. Mal statt. Weiterhin wies er auf die Jubiläumsveranstaltung im kommenden Jahr hin und lud bereits jetzt dazu ein.

Eine Information zum Sachstand Ostrandstraße gab **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**. Er berichtete an dieser Stelle als Genehmigungsbehörde. Man befinde sich im ergänzenden Verfahren, man sei vom Kreisverkehr auf die Lichtsignalanlage umgeschwenkt, wozu es eine erneute Beteiligung gab. Über das ergänzende Verfahren sind wiederholt erhebliche Stellungnahmen, Hinweise und Einwendungen zugegangen. Diese Einwendungen betreffen im Wesentlichen den Denkmalschutz, aber auch den Naturschutz. In dem Zusammenhang sei man am 28.09. mit den Denkmalbehörden zusammengekommen und habe deren Bedenken miteinander erörtert. Das Ergebnis war, dass eine Zielstellung formuliert werden konnte, in welche Richtung eine Genehmigungsfähigkeit ggf. möglich wäre. Das bedeutet aber auch, dass wir noch entsprechende Aufgaben erfüllen müssen. Ebenso sieht es im Naturschutz aus. Auch dort sind Hinweise zugegangen, die nochmals überprüft werden müssen. Es sind teilweise Formalien, z. B. ist auch eine Europäische Kommissi-

on zu beteiligen. Ob dieser Bedarf tatsächlich besteht, werde derzeit durch Herrn Meister geprüft, da das natürlich terminliche Auswirkungen hätte.

Wie es z. Z. aber aussieht, werden die vorhandenen Pläne nochmals angepackt werden müssen, um den Konsens mit Denkmal- und Naturschutz wieder herzustellen. Das bedeutet wiederum eine weitere Beteiligung der Betroffenen, also ein zweites ergänzendes Verfahren. Wie Herr Meister schon im Bauausschuss dargestellt habe, befinde man sich wieder an einer Aneinanderkettung von entsprechenden verpflichtenden Dingen, die verfahrensrechtlich realisiert werden müssen. Es ist also mit einer Genehmigung, so es denn genehmigungsfähig ist, nicht vor August/September 2013 zu rechnen.

Der Tagesordnungspunkt wurde durch Herrn Hoffmann, 1. stellv. Stadtratsvorsitzender, geschlossen.

In der zeitlichen Abfolge wurde wie vereinbart zunächst der TOP 7.12 behandelt (s. S. 28).

7 Beschlussfassungen
7.1 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer
Kindertagesstätten zum 31.12.2011
Vorlage: DR/BV/323/2012/I-DKT

Frau Andrich, Fraktion Die Linke, kündigte eine Fragestellung zu dieser Vorlage im nichtöffentlichen Teil an.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 35:00:00

7.2 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes
DeKiTa für das Jahr 2011
Vorlage: DR/BV/330/2012/I-DKT

Die Entlastung der Betriebsleitung wurde einstimmig ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis: 35:00:00

7.3 Jahresabschluss 2011 des Eigenbetriebes
Städtisches Klinikum Dessau
Vorlage: DR/BV/266/2012/I-SKD

Der Stadtrat stimmte dem Jahresabschluss zu.

Abstimmungsergebnis: 35:00:00

**7.4 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes
Städtisches Klinikum Dessau für das Jahr 2011
Vorlage: DR/BV/269/2012/II**

Die Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau wurde für das Jahr 2011 erteilt.

Abstimmungsergebnis: 35:00:00

Nach Abschluss des Tagesordnungspunktes sprach Herr Hoffmann, 1. stellv. Stadtratsvorsitzender, beiden Betriebsleitungen, des Eigenbetriebes DEKITA und des Eigenbetriebes Städtisches Klinikums, den Dank des Rates für die geleistete Arbeit aus.

**7.5 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Dessau-Roßlau ab 2013 (Hebesatzsatzung)
Vorlage: DR/BV/318/2012/II-20**

In ihrer Einführung wies **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** darauf hin, dass die Hebesatzsatzung keine Veränderung zum Vorjahr beinhaltet. Sie ist ausdrücklich jetzt auf der Tagesordnung, weil damit gerechnet wird, dass wir im nächsten Jahr erst zur Beschlussfassung des Haushaltes kommen werden. Der Haushalt 2013 wird als Doppischer Haushalt vorgelegt. Davor sollen mit den Mitgliedern des Stadtrates Schulungen anhand des Haushaltes stattfinden. Dieses Procedere werde etwas länger dauern, bevor in die inhaltlichen Beratungen des Haushaltes getreten werden kann.

Die Hebesatzsatzung wurde mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 34:00:01

**7.6 Änderung der Entschädigungssatzung
Vorlage: DR/BV/303/2012/II-30**

Diese Änderung der Entschädigungssatzung wurde durch **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, ausdrücklich unterstützt. Allerdings hatte der betreffende ehrenamtliche Vorsitzende des Ausschusses zurückliegend bereits über eine gewisse Zeit etliche Aufwendungen. Deshalb stellte er die Frage an Frau Bürgermeisterin Nußbeck, ob gewisse Aufwendungen noch beglichen werden können.

Eine pauschale Entschädigung kann rückwirkend nicht gezahlt werden, erwiderte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**. Allerdings kann auf Vorlage des Aufwandes dieser bezahlt werden. Dies war bisher und ist auch rückwirkend möglich.

Die Änderung der Entschädigungssatzung wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 35:00:00

**7.7 Arbeitsrichtung zum weiteren Umgang mit der
 Südschwimmhalle Dessau
 Vorlage: DR/BV/312/2012/V-40**

Frau Paesold, welche in **Vertretung des Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung** anwesend war, erinnerte an die umfangreichen Vorberatungen zu der Vorlage selbst. Sie wies auf die Kernaussage dieser Vorlage, die als Arbeitsrichtung für die Verwaltung gelten soll, in der nächsten Zukunft den Neubau der Schwimmhalle, die Übertragung des Projektes an die IPG und die Standortuntersuchung durchzuführen. Sie bat um Zustimmung, um ein deutliches Signal an das Land zu senden hinsichtlich der gestellten Fördermittelanträge, der Frage des Rückzuges des Fördermittelantrages zur Sanierung und der Qualifizierung des Antrages für den Neubau der Schwimmhalle.

Zur Vorlage merkte **Herr Trocha, CDU-Fraktion**, an, es fehlen die Angaben, welches Fördermittelprogramm angewandt werden soll, eine Grobkostenschätzung nach DIN und ein Überschlag der Kosten der Mediienschließung insbesondere für Fernwärme.

Frau Paesold beantragte für detaillierte Angaben das Rederecht für Frau Wendeborn, Leiterin des Amtes für Schule und Sport. Dieses wurde erteilt.

Frau Wendeborn, Leiterin des Amtes für Schule und Sport, legte dar, die Sportförderrichtlinie ist die Grundlage für die Fördermittelanträge. Diese wurden entsprechend des Auftrages mit dem Stadtratsbeschluss vom 6. Juni für die Sanierung und den Neubau eingereicht. Die angesprochenen Kosten können erst ermittelt werden, wenn der Standort feststeht.

Die **Fraktion Die Linke** habe sich mit der Vorlage beschäftigt und sie werde vom Grundsatz her begrüßt, erklärte **Herr Schönemann**. Es sei klar, dass die Vorlage wesentlich zu qualifizieren ist und als Rat sei man gut beraten, ein deutliches Zeichen zu setzen, in Kooperation aller Ausschüsse, was den Standort betrifft, eine Auswahl zu treffen zur Minimierung der Aufwendungen bei der Prüfung entsprechender Standorte und dass man sich relativ schnell einigt. Es wäre natürlich sehr gut, wenn aus diesem Prozess ein Standort als Empfehlung in den Rat käme.

Herr Hartmann, SPD-Fraktion, brachte sein Erstaunen zum Ausdruck, dass man hier über eine Vorlage redet, die in der nächsten Woche in 4 Ausschüssen nochmals zur Diskussion steht. Grundsätzlich begrüße er, dass eine neue Schwimmhalle möglich wird. Die Standortfrage sei nicht einfach zu klären. Man habe noch viel zu diskutieren, was die Innenstadt betrifft und man sollte, wenn man schon in ein solches millionenschwere Objekt investiert, dieses auch in die Innenstadt legen. Deshalb frage er sich, ob die Standorte Fine, Amalienstraße und auch das Gelände an der Alten Molkerei dienlich wären. Er gedachte, dies in der kommenden Woche nochmals zu diskutieren und vielleicht auch noch einige Vorschläge einzubringen.

Das Augenmerk sollte auf den Punkt 4 der Vorlage gerichtet werden, merkte **Frau Müller, SPD-Fraktion**, an. Hier werde gesagt, dass die ehemalige Schwimmhalle evtl. einer anderen Nutzung zugeführt werden soll. Sie plädiere dafür, dass hier ein

Zeitraum aufgeführt wird und man z. B. sagt, wenn binnen 3 Jahre keine Nutzung gefunden wird, dass dann abgerissen wird.

Auf die Ausführungen von Herrn Hartmann zurück kommend, bestätigte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, dass sich ihm ebenfalls diese Frage stelle. Er schlug vor, dass man es heute vielleicht darauf reduzieren könnte zu beschließen, sich von der Möglichkeit der Sanierung zu verabschieden und zwingend einen Neubau zu errichten. Wenn man heute die aufgeführten Punkte beschließt, müsse man sich in der nächsten Woche nicht nochmals treffen.

Sie verstehe diese Beschlussvorlage als Arbeitsrichtung, legte **Frau Andrich, Fraktion Die Linke**, dar. So sehe sie auch die gemeinsame Ausschusssitzung in der kommenden Woche. Allerdings habe sie eine Frage zu Pkt. 3 der Vorlage. Ihr fehle eine Aussage, wer die Finanzierung für die Baugrunduntersuchungen der einzelnen Standorte übernimmt. Dies sollte evtl. im nichtöffentlichen Teil beantwortet werden.

Man habe sich im Haupt- und Personalausschuss verständigt, im Interesse des Einvernehmens, was den Grundsatz des Neubaus betrifft, sich hier in diese Arbeitsrichtung zu begeben und dann in den Fachausschüssen die Dinge zu präzisieren, erklärte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**. Am Ende sollte eine Beschlussvorlage vorgelegt werden, wenn Standort u. v. a. m. klar ist, die eine deutliche Mehrheit im Rat erhält. Insofern sei jetzt die Arbeit der Fachausschüsse gefragt und heute eine symbolische Auftragserteilung an die weiteren Arbeitsgremien.

Als Arbeitsrichtung sollte die Vorlage auch verstanden werden, bestätigte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Das war das Credo des Finanzausschusses, als dessen Vorsitzender er hier spreche. Das Ergebnis der Beratung des Finanzausschusses wurde letztendlich vom Einreicher so übernommen. In dem Ausschuss habe man sich verständigt, es noch nicht auf einen Standort festzuschreiben. Vor allem wurde gesagt, wir müssen uns mit dem Vorhaben an der Finanzkraft der Stadt orientieren. Bei einem Eigenanteil von 10 Mio. €, der auch schon einmal hier im Raum stand, würde man die kompletten Eigenmittel eines Jahres im Verwaltungshaushalt verbrauchen und uns damit andere Projekte unmöglich machen. Dies war der Hintergrund, warum der Finanzausschuss sehr intensiv diskutiert und andere Standortvorschläge genau unter diesen Gesichtspunkten schon herausgenommen hat. Trotzdem wollte man nicht nur einen Standort untersucht wissen, sondern mehrere. Deshalb habe man sich auf diese 4 Standorte verständigt.

Zum Thema zentrumsnah: **Herr Bönecke** definiere das Zentrum etwas anders und fasse dies nicht sehr eng. Ein anderes wesentliches Kriterium dürfe man nicht außer Acht lassen: Wir haben im Kernzentrum bereits eine Schwimmhalle, die für viele Millionen Euro saniert wurde. Sie ist zwar nicht für den Schul- und Schwimmsport geeignet, aber wir haben im Zentrum eine. Auch in die Überlegungen muss einfließen, ob man mit der einen Schwimmhalle der anderen Konkurrenz macht, vor allem wenn man nicht in die Richtung eines reinen Zweckbaus, sondern eines kombinierten Baus geht, der auch Spaßcharakter hat. Deshalb sollte man nicht nur die Zentrumsnähe, sondern auch die Brachflächen in der Stadt sehen, die ebenfalls entwickelt werden müssen. Durch den Abriss gibt es mittlerweile riesige Brachflächen mitten in der Stadt, die einer Nutzung zugeführt werden müssen.

Herr Rumpf, CDU-Fraktion, ging auf das Werden der Beschlussvorlage ein. Er schilderte die Beratungen in den Ausschüssen, an denen er teilgenommen hatte. Im Kulturausschuss war man sich im Prinzip einig, bis auf den Standort. Im Bauausschuss und im Wirtschaftsausschuss wurde heftig über den Standort diskutiert und dann festgelegt, in einer Sondersitzung von Wirtschaft-, Bau-, Kultur- und Finanzausschuss über die Vorlage zu beraten. Nicht berücksichtigt wurde dabei, dass die eigentlich vorgegebene Arbeitsrichtung dadurch auf die lange Bank geschoben wird. Im Finanzausschuss wurde nur über die Standorte diskutiert und als Kompromiss die Zahl der Standorte eingegrenzt auf 4. Danach gab es den Haupt- und Personalausschuss, auch an dieser Diskussion habe er sich beteiligen können. Es ging auch um die Standorte und man habe sich auf die vorliegende Fassung als Kompromiss festgelegt.

Zur Beantwortung der Frage von Herrn Hartmann und Herrn Busch, warum es nun noch eine Ausschussberatung gibt, kommend, erklärte Herr Rumpf, es soll heute die Arbeitsrichtung festgelegt und im Ausschuss nochmals speziell auf den Standort eingegangen bzw. die Auswahl zur Untersuchung eingegrenzt werden. Der hier vorliegende Kompromiss sollte also heute beschlossen und der Verwaltung die Arbeitsrichtung vorgegeben werden.

Seit dem 8. Mai weiß die Verwaltung, dass eigentlich ein Neubau gefördert werden kann, führte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, aus. Bereits in der Stadtratsitzung im Juni hat der Stadtrat gefordert, frühzeitig an der Diskussion über Inhalte und Standorte beteiligt zu werden. Erst im Oktober wurde im Kulturausschuss eine Vorlage vorgelegt. Wenn heute nur die Standorte festgelegt werden sollen, hätte er keine Einwände, jedoch dagegen, dass bereits die Inhalte beschlossen werden sollen, ohne dass Varianten vorgestellt wurden mit Investitions- und Betriebskosten. Es könne ja sein, dass Varianten, die er sich vorstelle, kostenseitig nicht durchzustehen sind. Dies sei aber abzufragen. Es gibt in der Region solche Bäder, die man sich ansehen und wo man das abfragen kann.

Heute solle ohne Not beschlossen werden, dass wir uns auf 6,5 Mio. € Investitionsvolumen festlegen wollen, obwohl man vielleicht für 7,5 Mio. € etwas Besseres bekommen würde. An dieser Stelle sei er auch nicht bei Herrn Bönecke, weil er sage, wenn man von 1 Mio. € Mehrkosten spreche und davon vielleicht 30 % Eigenanteil tragen muss, rede ich von 300 oder 600 T€, die in der Zwischenzeit aber in unsinnige Gutachten versenkt wurden, nach denen kein Mensch frage. Deshalb würde **Herr Otto** sich nicht auf 6,5 Mio. € festlegen, ohne zu wissen, was er dafür bekommen. Er würde sich auch nicht inhaltlich festlegen wollen, dass nur Bürger-, Schul- oder Vereinsschwimmen durchgeführt werden soll. Diese Stadt will Oberzentrum sein und sehe zu, dass die Bürger nach Wolfen, Bitterfeld und Köthen fahren, weil sie etwas mehr wollen als schwimmen. Wenn es richtig begründet ist, dass wir uns das nicht leisten können, sehe das der Bürger vielleicht ein. Ansonsten begreife es keiner, wenn wir unser Oberzentrum selbst demontieren.

An Herrn Rumpf gewandt, korrigierte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, der Ausschuss war zeitgemäß unterwegs und habe auch abprüfen lassen, inwieweit wir mit einer Vertagung und einer Qualifizierung der Vorlage zu den gerade angeklungenen Fragen womöglich Terminschwierigkeiten bekommen. Definitiv war von der Verwaltung gesagt worden, dass das nicht der Fall ist, man könne am 13. problemlos das Thema in Gänze diskutieren. Allerdings gab es dann den historischen Finanzausschuss. Herr Schönemann sei kein Freund von Konfrontationen, wo sie nicht hin-

gehören. Er bitte darum, man solle auf jeden Fall die Vorlage qualifizieren können, dazu ist die nochmalige Beratung in den entsprechenden Fachausschüssen nötig. Heute sollte der Beschluss symbolisch gefasst werden. Wir haben ansonsten nur Streit und nach außen ist es nicht das, was wir transportieren wollen.

Es wäre schön, eine Vorlage einzureichen, zu der man eine entsprechende Mehrheit im Rat bekommt und die eine qualifizierte Arbeit darstellt, wo alles das enthalten ist, was Herr Otto auch deutlich machte, was natürlich immer stark mit einem Standort in Verbindung steht, um überhaupt Zahlen zu ermitteln.

Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, erklärte, trotzdem sollte man die Vorlage grundsätzlich so beibehalten, aber den 1. Punkt herausnehmen. Hier würde er sich der Intention von Herrn Otto anschließen. Punkt 2 bleibt, ausschließlich Satz 2. Im Punkt 3 habe Herr Busch nichts dagegen, dass die IPG das macht, aber es gibt keinen Zwang, das heute festzulegen. Ebenso im Punkt 4, die Schließung der Südschwimmhalle liegt auf der Hand, es besteht aber keine zwingende Beschlussfassung heute. Dass Geld eingestellt wird, um entsprechende Planungen zu betreiben, halte er für erstrebenswert.

Der Vorschlag von Herrn Busch sei also, alles aus dem Beschlussvorschlag herauszunehmen, einzig bleibt, der Fördermittelantrag für die Sanierung der Südschwimmhalle wird beim Landesverwaltungsamt zurückgezogen und der Fördermittelantrag für den Ersatzneubau wird entsprechend angepasst, ohne Kostenfestlegung. Alles andere könne in der nächsten Woche am 13.11. beschlossen werden, dann sind noch einmal alle Ausschüsse entsprechend beteiligt.

Es sei doch wichtig, dass der Finanzausschuss auch daran beteiligt wird, betonte **Herr Weber, CDU-Fraktion**. Dieser habe nämlich die Aufgabe, dass die Finanzen immer im Blick bleiben und die Zahl der 6,5 Mio. sei nicht irgendwo her genommen worden, sondern es ist die Zahl, die wir im Haushaltsplan für die Sanierungskosten ursprünglich veranschlagt haben. So steht es in der Finanzplanung und wir nehmen nun einmal teil an STARK II. Deshalb muss die Summe im Beschlussvorschlag bleiben. Wir müssen auch noch andere Dinge in der Stadt voranbringen, wie auch Herr Bönecke bereits gesagt habe.

Der **Geschäftsordnungsantrag auf Ende Debatte** wurde von Frau Lohde gestellt, worauf niemand widersprach. Zuvor hatten sich noch Herr Otto und Herr Bönecke zu Wort gemeldet. Herr Hoffmann, 1. Stellvertreter des Stadtratsvorsitzenden, schloss somit die Rednerliste.

Seine Ausführungen ergänzend, wies **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, darauf hin, dass man etwas für die nächsten 40 Jahre baue. Wenn man jetzt 400 T€ Mehrkosten aufwenden würde und dies auf 40 Jahre verteile, könne sich jeder ausrechnen, was herauskommt. Im Juni, als gefordert wurde, nur die Variante Neubau noch zu beschließen, hat Herr Dr. Raschpichler für die Verwaltungsspitze erklärt, das geht nicht, weil dann nur ein weißes Blatt abgegeben werden könnte. Man müsse mit Alternativen arbeiten, da wir noch keinen Standort hätten. Es wurde dann aber ein Alternativantrag abgegeben und man habe doch für den Neubau ein weißes Blatt abgegeben, weil es ja anders nicht ging. Insofern ist es bedauerlich, dass jetzt, im November, immer noch zwei Anträge von der Stadt Dessau-Roßlau vorliegen.

Die Stadträte sind ja bereit dazu, eine Sondersitzung zu machen. **Herr Otto** habe aber auch gesagt, was dann von der Verwaltung vorgelegt werden muss. Wenn er sich heute die Unterlagen angesehen habe, die er bekommen habe, sind diese gar nichts. Deshalb sage er an den Oberbürgermeister gerichtet, er habe dafür zu sorgen, dass wir Unterlagen bekommen, über die wir diskutieren und entscheiden können. Anderenfalls brauchen wir uns gar nicht zusammensetzen.

Herr OB Koschig entgegnete, diese würden die Stadträte auch bekommen, wenn eine Arbeitsrichtung beschlossen würde. Diese benötige man dringend.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, kam nochmals auf den Änderungsantrag von Herrn Busch zurück. Die Orientierungsgröße könne auf keinen Fall herausgenommen werden. An Herrn Otto gerichtet, merkte er an, es gehe nicht darum, dass wir die 6,5 Mio. € endgültig festschreiben. Es steht ausdrücklich „Orientierungsgröße“ drin. Wenn sich im Zuge der Entwicklung des Projektes im gewissen Rahmen Mehrkosten ergeben, müsse das durch den Maßnahmebeschluss im Rat erneut geprüft und die Finanzplanung überprüft werden, ob wir es uns leisten können. Dann werde auch die Beschlussfassung entsprechend erzeugt werden können. Jetzt könne man aber nicht blind ein Projekt planen, weil wir uns jetzt ein Schwimmbad mit bestimmten Angeboten wünschen und kommen vielleicht bei 12 Mio. € an, dann ist das Projekt tot. Deshalb müsse die Deckelung bleiben, damit man weiß, in welche Kostenrichtung sollen die Planungen laufen. Auch die Standorte müssen zur Untersuchung enthalten bleiben. Ohne, dass wir uns irgendwann auf einen Standort festlegen, kommen wir in der Planung auch nicht weiter. Jedes einzelne Grundstück werde uns einen anderen Baukörper vorgeben und andere Kosten.

Deshalb sollte die Vorlage, so wie sie heute hier steht, auch beschlossen werden. Der Sonderausschuss am 13.11. werde dann die Aufgabe haben, das weiter einzugrenzen. Wenn heute wieder nichts beschlossen wird oder nur vage Festlegungen, gibt es keine Arbeitsrichtung für die Verwaltung, an den Stellen weiter zu suchen und zu planen.

Herr Hoffmann, 1. Stellv. des Stadtratsvorsitzenden, stellte fest, dass sich nach dem Antrag auf Ende der Debatte kein Widerspruch geregt habe, so dass er nun zur Beschlussfassung aufrief.

Der **Änderungsantrag** der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, lediglich den Beschlussvorschlag **Punkt 2** in geänderter Form

„Der Fördermittelantrag für die Sanierung der Südschwimmballe wird beim Landesverwaltungsamt zurückgezogen und der Fördermittelantrag für den Ersatzneubau wird entsprechend angepasst.“

und **Punkt 5** ungeändert

als Beschluss zu fassen, wurde durch Herrn Hoffmann verlesen und zur Abstimmung gebracht. Der Antrag wurde bei 10:23:02 Stimmen **abgelehnt**.

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 26:01:08

**7.8 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im DK 0516
- Leistungen der Jugendhilfe
Vorlage: DR/BV/299/2012/V-51**

Die überplanmäßige Ausgabe wurde mehrheitlich genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 34:00:01

**7.9 Jugendhilfeplanung der Stadt Dessau-Roßlau,
Teilplan "Jugendarbeit"
Vorlage: DR/BV/442/2011/V-51**

Der **Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Herr Ledwa**, legte zur Einführung in die Beschlussvorlage Teilplan Jugendarbeit dar, im Herbst 2010 war eine Arbeitsgruppe gebildet worden, mit dem Ziel, diesen Teilplan zu erarbeiten. Diese Arbeitsgruppe tagte über 20 Mal im Zeitraum von 12 Monaten. Wie auch von Ortsbürgermeistern und Stadträten bestätigt, wurde ein guter Plan, allerdings mit kleinen Schönheitsfehlern, vorgelegt. Herr Ledwa berichtete über die Arbeit an der Beschlussvorlage, nachdem sie aus dem Stadtrat rückverwiesen bzw. die Vorlage vom Einreicher selbst im Stadtrat zurückgezogen worden war. Z. B. wurde im Ergebnis von Untersuchungen, Besichtigungen und Gesprächen mit der Tanzgruppe „Holiday“ eine einvernehmliche Regelung und Zustimmung der „Tanzmäuse“ der Tanzgruppe erzielt. Sie beziehen ein neues Domizil in der Kinderfreizeitoase, nachdem ihnen von der Leiterin des Jugendamtes, Frau Förster, zugesichert worden ist, dass das keine kurzfristige Lösung wäre, sondern die Gruppe dort langfristig bleiben und ihren Trainingsbetrieb aufnehmen kann. Es wurde hier auch festgestellt, dass die Kommunikation zwischen den Verwaltungen Kulturamt und Jugendamt und den Eltern und verschiedenen Betroffenen nicht optimal gelaufen ist, was nun ausgeräumt ist.

Herr Ledwa bat um Zustimmung zur Vorlage, wobei er zu bedenken gab, dass es sich um einen Teilplan handelt und es kein Dogma sei. Wenn Änderungswünsche bestehen, egal zu welchem Zeitpunkt, gehen sie durch den Ausschuss bzw. den Unterausschuss. Dort werde beraten und befunden und dem Stadtrat letztendlich wieder vorgestellt.

Er habe nach umfangreichen Diskussionen im Ortschaftsrat Waldersee in der letzten Woche allen Beteiligten und Fraktionen des Stadtrates dessen Vorschlag zukommen lassen, erklärte **Herr Ehm, CDU-Fraktion**. Er verlas den hiermit eingebrachten **Änderungsvorschlag**, wonach der Text im Beschlussvorschlag nach den Worten „...unter der Maßgabe zu“ ersetzt werden soll durch die Punkte:

1. Die im Teilplan Jugendarbeit genannten Einrichtungen Kleinkühnau, Mosigkau, Rodleben und Waldersee werden nicht geschlossen.
2. Die künftige Betreuungsform ist im Einvernehmen mit den Ortschaftsräten zu regeln.
3. Bei Personalentscheidungen in den Einrichtungen ist der jeweilige Ortschaftsrat zu beteiligen/einzubeziehen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zu diesem Änderungsantrag. **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, führte

aus, der Punkt 1 sei bereits in der jetzigen Vorlage enthalten, allerdings zeitlich nicht festgeschrieben. Damit der Änderungsantrag tragbar wäre, müsste man die finanzielle Grundlage festschreiben, z. B. auf das Haushaltsjahr 2012 begrenzen, um auszuschließen, dass hier Kostenaufwuchs festgeschrieben wird. Zu Punkt 2 hätte Herr Bönecke ein Problem mit dem Wort „*Einvernehmen*“. Dies heiße nach der Gemeindeordnung, wenn dieses nicht hergestellt wurde, gibt es keine Entscheidung und käme einem Vetorecht der Ortschaftsräte gleich. Diese könnten sich also über die Entscheidung des Stadtrates hinweg setzen, was allen kommunalverfassungsrechtlichen Grundlagen entgegen stehe. Im Punkt 3 sollte eine Formulierungsänderung vorgenommen werden, da Personalentscheidungen in diesem Bereich nach Hauptsatzung in der Hoheit des OB liegen. Aus diesem Grunde unterbreitete Herr Bönecke den Vorschlag, den **Änderungsantrag** wie folgt **neu** zu fassen:

1. Die im Teilplan Jugendarbeit genannten Einrichtungen Kleinkühnau, Mosigkau, Rodleben und Waldersee werden mit der Maßgabe der Beschränkung auf die im Haushaltsjahr 2012 vorgehaltenen Haushaltsmittel nicht geschlossen.
2. Bei der Entscheidung über die künftige Betreuungsform sind die Ortschaftsräte zu beteiligen.
3. Bei Personalentscheidungen in den Einrichtungen ist der jeweilige Ortschaftsrat anzuhören.

Herr Ehm erklärte, die Änderung der Formulierung von Herrn Bönecke in seinen Antrag aufzunehmen.

Seitens der **SPD-Fraktion** wurde durch **Herrn Eichelberg** das Einverständnis zur Neufassung des Änderungsantrages mitgeteilt.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, führte aus, die Prämissen für den Teilplan seien seiner Meinung nach falsch gesetzt worden. Das, was an Sektoren in der Stadt festgelegt wurde, sei der falsche Weg. Dies habe er bereits vor Monaten mitgeteilt und deshalb sei für ihn die Vorlage heute nicht beschlussfähig.

Herr Hoffmann brachte den von Herrn Bönecke nochmals verlesenen **Änderungsantrag** zur Abstimmung. Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich, bei 32:01:02 Stimmen **angenommen**.

Der somit **geänderte Beschlussvorschlag** wurde mehrheitlich **angenommen** und lautet:

„Der Stadtrat stimmt der Jugendhilfeplanung, Teilplan „Jugendarbeit“, unter folgender Maßgabe zu:

1. -3. ...“ (s. bestätigter Änderungsantrag).

Abstimmungsergebnis: 32:01:02

7.10 Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung & Tourismus Anhalt GmbH (WTA)
Vorlage: DR/BV/280/2012/VI-80

Der Beschluss entsprechend der Vorlage wurde mehrheitlich gefasst.

Abstimmungsergebnis: 32:02:01

7.11 Entwurf zum Masterplan Innenstadt Dessau (MPI) - Abwägung der in der Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen und Vorstellung der Ergebnisse
Vorlage: DR/BV/276/2012/VI-61

Die Abwägung zum Entwurf zum Masterplan Innenstadt Dessau wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 27:00:08

Herr Hoffmann, 1. stellv. Stadtratsvorsitzender, stellte fest, dass der TOP 7.12 bereits abgehandelt wurde, schloss den öffentlichen Teil der Sitzung und stellte Nichtöffentlichkeit her.

7.12 Abriss Y-Haus Friedrichstraße 17
Vorlage: DR/BV/351/2012/SPD
(Behandlung des TOP war zeitlich vorgezogen worden.)

Im Namen des Einreichers warb **Frau Müller, SPD-Fraktion**, für die Beschlussfassung dieser Vorlage. Es geht um die Bürger unserer Stadt, denen man als Gewählte verpflichtet ist. Wie bekannt ist, gibt es Investoren, die alle drei Y-Häuser kaufen wollen. Natürlich wären diese froh, wenn die Wohnungen auch bezogen sind. Deshalb sollten die Abrisskündigungen zurückgenommen werden. Den Mietern ist klar, dass es Einschränkungen im Persönlichen gibt, wenn die Renovierung durchgeführt wird und Baulärm entsteht. Dies nehmen sie aber gern in Kauf. Klar ist ihnen auch, dass es anschließend höhere Mieten gibt.

In der Presse sei bereits viel zu lesen gewesen, was im Verwaltungsrat der DWG auf Empfehlung der Geschäftsführung beschlossen wurde, führte **Herr Beigeordneter Hantusch** auch an die anwesenden Mieter des Y-Hauses gewandt aus. Er spreche hier als Vorsitzender des Verwaltungsrates der DWG und habe heute bereits einige Planzahlen der DWG dargelegt. Derzeit 28 % Leerstand bedeuten 3000 leerstehende Wohnungen, es seien aber auch schon 3000 abgerissen worden und es kommen wieder mindestens 3000 dazu. Die Stadt wird, wie bereits gesagt, 1000 Einwohner pro Jahr verlieren, allein durch den Unterschied zwischen Geburten und Sterbefällen.

Herr Hoffmann, 1. Stellv. des Stadtratsvorsitzenden, bat um Beachtung, dass hier im öffentlichen Teil keine Interna der Gesellschaft öffentlich gemacht werden dürfen. Dies wurde durch Herrn Hantusch versichert. Er wies aber darauf hin, dass es sich um Zahlen handelt, die bereits veröffentlicht wurden.

Im Verwaltungsrat habe man sich vor zwei Jahren auf ein Verfahren geeinigt, fuhr **Herr Hantusch** fort, eine Portfolioanalyse fertigen zu lassen, um alle Bestände zu durchleuchten, vor dem Hintergrund, dass die DWG begrenzte Eigenmittel zur Ver-

fügung hat. Die Mittel sollen so effizient und effektiv wie möglich eingesetzt werden, was für eine GmbH überlebensnotwendig ist. Deshalb wurde die Portfolioanalyse ausgedehnt, es wurde u. a. eine Zielgruppendefinition gemacht. Letztendlich standen Bereiche da, die auch im Bauausschuss öffentlich dargelegt wurden, wo soll noch investiert werden und wo werden in Zukunft Gebäude verlustig gesehen.

Bereits 2008 wusste die DWG 100-%ig, dass sie die Y-Häuser nicht aus eigener Initiative renovieren kann. Deshalb waren auch Verkaufsbestrebungen dar und bis vor kurzem gab es kaum nennenswerte oder ernstzunehmende Investorenangebote. Das bedeutet, dass man sich Gedanken machen musste, wie die DWG von dieser Last befreit werden kann, die einen Leerstand von 40 - 60 %, insgesamt 28 %, beinhaltet. Wenn in westlichen Kommunen vergleichbare Gesellschaften 3 - 5 % Leerstand haben, werden bereits Konsequenzen gezogen, dann kann die Geschäftsführung oder der Vorstand gehen. Der Verwaltungsrat, ein politisch, verwaltungsmäßig und von der Belegschaft besetzter Rat, habe intensiv diskutiert und am Schluss stand der Abriss eines Y-Hauses.

Als dieser Prozess öffentlich wurde, setzte etwas ein, womit niemand gerechnet habe, was letztendlich aber zum Prozess gehört. Es meldeten sich weitere Investoren, die ein Interesse zeigten, die Y-Häuser in Gänze zu kaufen. Gestern gab es eine Sondersitzung des Verwaltungsrates, welcher die Geschäftsführung beauftragte, die Investorengespräche zielgerichtet fortzuführen und dem Verwaltungsrat am 5.12.2012 die Ergebnisse vorzustellen. Der Verwaltungsrat verständigte sich darüber hinaus darauf, die Mietkündigungen nicht zurückzunehmen, da der jetzt eingeleitete Prozess noch nicht abgeschlossen ist.

Man hoffe gemeinsam, dass am 5.12. ein positives Signal von der Geschäftsführung kommt, insofern bat **Herr Hantusch** zu respektieren, dass sich Stadträte, Verwaltung und auch die Belegschaft intensive Gedanken gemacht haben, um diese Gesellschaft in die Zukunft zu führen. Es werden weitere Gebäude leer gezogen und abgerissen werden müssen. Das ist überlebensnotwendig für diese Gesellschaft. Es nützt nichts, wenn man die Augen verschließt vor den Notwendigkeiten des Lebens.

Ihre Verwunderung brachte **Frau Müller, SPD-Fraktion**, zum Ausdruck, z. B. darüber, dass Herr Hantusch sagte „als es öffentlich gemacht wurde“. Es wurde öffentlich, weil die Mieter sich gewehrt haben, was ihr gutes Recht sei. Es wurde nicht durch die DWG oder Herrn Hantusch öffentlich gemacht. Weiterhin sollte man bei dem Gedanken über Abriss der Y-Häuser oder eines Y-Hauses überlegen, dass diese im Stadtkern liegen und einfach zu Dessau gehören. Ein Nicht-Dessauer könne dies ganz schlecht beurteilen. Man sollte auch einmal mit dem Herzen entscheiden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, mahnte an, mit den Gefühlen der Mieter zu spielen sei aus seiner Sicht eine nicht geartete Eigenschaft, die mehr politische Wirkungen erzeugt, als sie womöglich Lösungen parat hält. Er merkte im Namen seiner Fraktion an, die DWG habe verstanden. Es war ein schwerer Prozess, der sich abzeichnete und in Kritik mündete, vor allem an der Vorgehensweise nicht nur im Bereich der Y-Häuser. Die Öffentlichkeitsarbeit müsse eine starke Änderung erfahren und es muss möglich sein, in der DWG ein Gremium zu schaffen, das die Mieterinteressen als Kunde und Eigentümer stärker reflektiert. Das seien die Zielsetzungen, die die Fraktion versucht systematisch umzusetzen. Was in den Y-Häusern passiert sei, ist modellhaft, da diese bereits einen Mieterbeirat haben, die DWG an sich in Gänze nicht. Aus diesem Grunde sieht die Fraktion die Notwendigkeit, der DWG zu-

künftig einen solchen Beirat beizustellen und ihn zunehmend quartierbezogen einzubeziehen.

Am Ende stehe jede individuelle Problematik im städtischen Zusammenhang. Es geht nicht nur um Einzelschicksale, sondern um die Sicherung von Quartiersqualität mit Überlebensfähigkeit in einer schrumpfenden Stadt, wo mehr Sorgfalt anzusetzen ist. Man hatte in der Zeit vor dem Stadtumbau gute Ansätze in Bezug der Eruiierung um Umzugsmanagement, Analyse Quartiersstärken und Ähnliches mehr, was bis heute alles brachliegend ist, weil es keine Mittel dafür gibt. Man sollte also solche Vorgehensweisen wieder aktivieren, um sensibler auf den Bedarf unserer Kunden und Mieter reagieren zu können. Die DWG ist eine städtische Wohnungsgesellschaft, in der die Bürger dieser Stadt zugleich auch Eigentümer sind.

Für **Herrn Schönemann** sei wichtig, dass vielleicht heute noch die Frage beantwortet wird, was passiert wirklich, wenn es zum Verkauf der Häuser kommt. Welche Rolle spielen dann die Kündigungen, werden sie nichtig oder welche Rolle spielen sie rechtlich, welcher Handlungsbedarf besteht bei der DWG in diesem Zusammenhang? Es geht darum, die Mieter zu schützen und sie bspw. mit einem Sozialbeirat in die Privatisierung zu führen. Warum das so ist, möchte er an dieser Stelle nicht ausführen, die Fraktion sei aber gern bereit, einen Informationsnachmittag zu organisieren. Es gibt Erfahrungen aus Dresden.

Im Bauausschuss sei es bereits dargelegt worden, entgegnete **Herr Beigeordneter Hantusch**. Die DWG hat gemeinsam mit dem Mieterbund eine Sozialcharta erstellt. Man achte darauf und es ist ganz wesentlich bei der Sondierung der Investoren, dass diese einen vernünftigen Preis geben und auch sich verpflichten, diese Sozialcharta anzuerkennen. Dies werde auf jeden Fall auch von Seiten des Verwaltungsrates beachtet.

Sicher gebe es in der Kommunikation Probleme, was auch ausgewertet wurde und wo man besser werden will. Er wolle aber gern an dieser Stelle das Rederecht für Frau Passlack beantragen, welche sagen könne, wie weit man mit dem Umzugsmanagement ist.

In seiner Funktion als Mitglied des Verwaltungsrates der DWG sprach **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, und drückte seine extreme Verwunderung aus. In der gestrigen Verwaltungsratssitzung war eine klare Festlegung getroffen worden, was heute im öffentlichen und was im nichtöffentlichen Teil gesagt werden soll. Hier werde sich nicht ansatzweise an diese Absprachen gehalten. Er möchte dies ausdrücklich hier zu Protokoll geben.

In seiner Reaktion darauf führte **Herr Hantusch** als Verwaltungsratsvorsitzender aus, bisher bewegte man sich noch in dem Bereich, der den Absprachen entspricht. Richtig ist aber, dass man dann, wenn jetzt Frau Passlack das Rederecht erteilt würde, über diese Grenze gehe. Insofern ziehe er seinen Antrag auf Rederecht für sie zurück und würde ihn ggf. im nichtöffentlichen Teil stellen. Ihm sei es hier darum gegangen, dass den anwesenden Mietern deutlich gemacht und das Gefühl gegeben wird, dass hier nicht einfach Dinge gemacht wurden, sondern man sich doch sehr viel Gedanken gemacht habe auch in der Verpflichtung den Mietern gegenüber. Dafür bitte er um Verständnis.

In der letzten Stadtratssitzung habe er festgestellt, dass die Gremien dieses Stadtrates oft mit Nichtigkeiten beschäftigt werden, gerade wenn es um Bauangelegenheiten wie Zaungestaltung und Dinge geht, die die Investoren eigentlich selbst entscheiden müssen, merkte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, an. Wenn es aber um den Abriss eines Y-Hauses geht - eines Stadtbild prägenden Bauwerkes dieser Stadt - ist nicht ein Gremium beteiligt worden. Er habe nachgefragt, warum das so gewesen ist. Eine Antwort darauf steht aus.

Wie Herr Hantusch ausgeführt habe, wurde im Verwaltungsrat nachgewiesen, dass eine Sanierung der Gebäude durch die DWG nicht möglich ist, weil die Finanzkraft nicht ausreicht. Deshalb stelle er die Fragen an Herrn Hantusch oder Frau Passlack, wie viel Fördermittel bei der Sanierung angesetzt worden sind, ob damit überhaupt gerechnet worden ist, welche Bemühungen es seitens der Stadtverwaltung gegeben hat, beim Bauministerium in Magdeburg zusätzliche Fördermittel zu akquirieren unter dem Gesichtspunkt der Bedeutung dieser Bauwerke für diese Stadt und auch im Zusammenhang mit dem Bauhaus und den Dingen, die im Werbekonzept des Bauhauses ausgewiesen sind. Ansonsten sei **Herr Otto** der Meinung, dass man heute eigentlich mit dem Beschluss weiter gehen müsste. Er habe auch einen Änderungsantrag vorbereitet, den Beschluss des Verwaltungsrates aufzuheben, er könne aber auch auf das Ergebnis am 5.12.2012 warten und dann den Antrag stellen. Zielrichtung sei, wenn die Privatisierung nicht klappt, die DWG selbst zu beauftragen, das Verfahren der Sanierung neu aufzunehmen unter dem Gesichtspunkt, mehr Fördermittel einzuwerben.

Herr Eichelberg erklärte, die **SPD-Fraktion** habe ihre Beschlussvorlage bewusst so formuliert. Es soll die Bitte ausgesprochen werden, denn natürlich ist es eine GmbH und natürlich haben wir einen Verwaltungsrat. Ein wenig habe aber auch Herr Otto Recht, wir sind Gesellschafter. Natürlich muss das Unternehmen so gesund sein, dass es überleben kann, das ist das Wirtschaftliche. Aber es geht auch um die Stadt, um die Innenstadt, und es gibt genügend Konzepte. Richtig ist auch, wenn es Möglichkeiten gibt, Fördertöpfe anzuzapfen, sollte das das Unternehmen auch tun. Hierzu fehlen aber im Moment die Informationen. Die Empfehlung von Herrn Eichelberg wäre deshalb heute, das so zu übernehmen und in der nächsten Stadtratssitzung, wenn wir kein Ergebnis haben, als Gesellschafter nochmals darüber nachzudenken. Das obliege dem Stadtrat, es kann eine Gesellschafterversammlung durchgeführt werden und dann kann abgewogen werden. Dann müssen wir daran denken, was sind uns die Y-Häuser wert, was sind uns die Bürger wert und es muss das Wirtschaftliche in die Waage geworfen werden. Er denke aber, dann komme man auch zum Ziel. Er könne es sich jetzt nicht vorstellen, dass ein Y-Haus abgerissen wird.

Im Namen des Präsidiums versicherte sich **Herr Hoffmann, 1. stellv. Stadtratsvorsitzender**, dass Herr Eichelberg **keinen** Antrag auf Vertagung gestellt hat. Dies wurde von Herrn Eichelberg bestätigt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, begründete, um Rechtssicherheit zu erlangen, den Mietern auch eine verbindliche Auskunft geben und Fragen wie konkret sie Herr Otto gestellt hat, beantworten zu können, sollte man Aktionismus vermeiden und den Prozess der Verhandlung abwarten. Auch ein Investor höre mit und sehe, wie verlässlich die Stadt zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit ihm verhandelt. Deshalb stellte er den **Antrag auf Vertagung der Vorlage**.

Der Vertagungsantrag werde von ihm unterstützt, erklärte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Im Ziel der Beschlussvorlage sei man sich einig, aber die Frage, ob die Kündigungen widerrufen werden können, könne er jetzt beantworten: Kündigungen können nicht widerrufen werden. Kündigungen sind einseitige, zugangsbedürftige Willenserklärungen. Im Moment des Zugangs dieser sind sie wirksam. Das BGB kenne hier keinen Widerruf, höchstens einen Neuabschluss, Vereinbarung o.ä. Das Ziel, welches mit der Vorlage verfolgt wird, könne auf dem Weg nicht erreicht werden. Deshalb werbe er auch dafür, die Verhandlungen abzuwarten. Andererseits erwarte er, dann natürlich in der Stadtratssitzung im Dezember eine klare Aussage dazu, damit wir entsprechend befinden können.

Gegen den Vertagungsantrag sprach sich **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, aus. Dass man Kündigungen nicht zurücknehmen kann, habe er verschiedentlich praktiziert und praktiziert bekommen, er sehe also im Verfahren miteinander überhaupt kein Problem darin. Der Beschlussvorschlag sollte heute beschlossen werden, es ist praktikabel, dem Verwaltungsrat nochmals sehr deutlich zu machen, die Verantwortung ernst zu nehmen und das Wohl der Mieter **und** der Gesellschaft, im Auge zu haben.

Klar wolle Herr Giese-Rehm aber auch sagen, im Verwaltungsrat der DWG sind alle Fraktionen vertreten. Wer sagt, dort wird nicht ordentlich gearbeitet oder es sind nicht alle Informationen auf dem Tisch, der lüge sich seiner Meinung nach etwas in die Tasche. Es besteht allenfalls die Situation, dass man im DWG-Verwaltungsrat keine direkte Öffentlichkeit habe. Dann sollen aber auch die Vertreter der Fraktionen im Verwaltungsrat ihre Arbeit ordentlich machen.

In dem Beschlussvorschlag werde nicht in die Arbeit des Verwaltungsrates eingegriffen, betonte **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion** und verlas den Beschlussvorschlag. Es wird eine Bitte geäußert zu prüfen, ob die den Mietern ausgesprochenen Mietvertragskündigungen widerrufen werden können. Wer hindere eine GmbH daran, wenn eine Kündigung ausgesprochen wurde, sie auch wieder zurückzunehmen? Mehr als die Bitte um Prüfung werde nicht ausgesprochen, man habe heute schon erreicht, dass darüber diskutiert und eine gewisse Sensibilität erreicht wurde.

Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, versicherte, dass man sich im Verwaltungsrat am gestrigen Tage sehr intensiv mit der gesamten Problematik beschäftigt habe. Man hatte selbstverständlich Kenntnis von der Vorlage heute und habe auch diskutiert, wie damit umzugehen ist. Vielleicht sollte man den nichtöffentlichen Sitzungsteil heute abwarten, um einige Informationen mehr geben zu können. Man habe sich auch über den juristischen Aspekt unterhalten, den Herr Bönecke angesprochen hat und sei zu dem gleichen Schluss gekommen.

Herr Hoffmann, 1. stellv. Stadtratsvorsitzender, stellte fest, dass keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Hinsichtlich des Einwandes von Herrn Otto, dass seine Fragen noch nicht beantwortet seien, wies er darauf hin, bereits angemerkt zu haben, möglicherweise müsse die Beantwortung im nichtöffentlichen Teil erfolgen. Dies müsse aber derjenige, welcher antworten könne, entscheiden.

Der **Antrag auf Vertagung** der Beschlussvorlage wurde abgestimmt und **mehrheitlich angenommen**.

Abstimmungsergebnis: 24:09:04

Nach der Abstimmung brachte Herr Gebhardt, SPD-Fraktion, sein Anliegen als persönliche Anmerkung zu Gehör. Er beantragte für die Fraktion, die soeben verwiesene Beschlussvorlage nochmals im nichtöffentlichen Teil aufzurufen. Wie man gehört habe, soll es evtl. noch mehr und auch andere Argumente geben. Vielleicht wäre das für uns als Stadträte aus Sicht des Verwaltungsrats dienlich.

9 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde geschlossen.

Dessau-Roßlau, 28.11.12

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer
Schriftführerin

Anlagen (zu TOP 3):

1. Erklärung des Stadtrates Dreibröd
2. Liste der Änderungsforderungen zur Niederschrift vom 11.07.2012
3. Empfehlungsschreiben des Stadtratsvorsitzenden vom 25.10.2012